

### Die Wiederkehr der KP Rußlands: Programm, Struktur und Perspektiven der Sjuganow-Partei

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1996). *Die Wiederkehr der KP Rußlands: Programm, Struktur und Perspektiven der Sjuganow-Partei*. (Berichte / BIOst, 12-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42348>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183



## Inhalt

Seite

|  |       |
|--|-------|
| Kurzfassung  | ..... |
| 2  |       |
| Die KPRF im Aufwind                                  | ..... |
| 6  |       |
| Strukturen und Parteiströmungen                      | ..... |
| 7  |       |
| Kommunistische und sozialdemokratische Versatzstücke | ..... |
| 11   |       |
| Nationalpatriotische Grundpositionen                 | ..... |
| 14   |       |
| Rußland als "geopolitischer Stabilitätsfaktor"       | ..... |
| 15   |       |
| Unschärfes politisches Profil                        | ..... |
| 17   |       |
| Konkrete Handlungsmuster                             | ..... |
| 19   |       |
| Die KPRF vor den Präsidentschaftswahlen              | ..... |
| 21   |       |
| Die KPRF und der Westen                              | ..... |
| 23   |       |
| Summary  | ..... |
| 26   |       |

23. Februar 1996

**Heinz Timmermann**

## **Die Wiederkehr der KP Rußlands**

Programm, Struktur und Perspektiven der Sjuganow-Partei

**Bericht des BIOst Nr. 12/1996**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Nach dem fehlgeschlagenen Putsch der Perestrojka-Gegner im August 1991 war die Kommunistische Partei der Sowjetunion zutiefst diskreditiert und wurde verboten, ihre politische Zukunft schien äußerst ungewiß. Heute, fast fünf Jahre später, steht die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), die neben einer Reihe kleinerer stalinistischer Formationen aus der KPdSU hervorgegangen ist, plötzlich im Brennpunkt des Interesses. Aus den Wahlen zur Staatsduma vom Dezember 1995 ging sie als klare Siegerin hervor, und bei den für Juni 1996 anberaumten Präsidentschaftswahlen hat ihr Vorsitzender Sjuganow gute Chancen, den Sieg davonzutragen. Der folgende Bericht untersucht Voraussetzungen, Ergebnisse und Konsequenzen des Comeback der Kommunisten. Wo liegen die Kraftquellen der KPRF, von welcher Programmatik läßt sie sich leiten, wie sehen ihre konkreten Handlungsmuster aus, und wie will sie die Beziehungen zum Westen gestalten? Die Untersuchung stützt sich auf zentrale Dokumente der KPRF, auf Beiträge ihres Vorsitzenden sowie auf Analysen russischer und westlicher Wissenschaftler und Publizisten.

#### *Ergebnisse*

1. Weder hat sich die KPRF wie die meisten Ex-KPen Ostmitteleuropas in eine sozialdemokratische Partei verwandelt noch läßt sie sich wie zuvor vom Marxismus-Leninismus und Gedanken an eine einfache Rückkehr zum Realsozialismus sowjetkommunistischen Typs leiten. Das eigentlich Neue an ihr ist vielmehr, daß sie die sozialistischen Ideen leninistischer Prägung mit der traditionellen "russischen Idee" einer besonderen zivilisatorischen Mission Moskaus zu kombinieren sucht. Damit profiliert sich die Partei erfolgreich als linksnationalistische Kraft - als eine Kraft nämlich, die Kollektivismus und soziale Gerechtigkeit mit dem Engagement für die Wiederherstellung der Großmacht auf den Grundlagen der spezifischen Werte und Interessen Rußlands verbindet. So gesehen gleicht die KPRF eher der national-populistischen Sozialistischen Partei Serbiens unter Slobodan Milošević als den ex-kommunistischen Reformparteien in Ost-Mitteleuropa.
2. Ihren Anhang findet die KPRF vor allem unter denjenigen sozialen Gruppen, die zu den Verlierern des Umbruchs zählen: Rentner, kinderreiche Familien, Staatsangestellte (Lehrer, Ärzte, Polizisten, Militärs), Arbeiter unrentabler Betriebe sowie Teile der sozial deklassierten technischen Intelligenz aus Industrie, Rüstungssektor und den Konstruktionsbüros der Hochtechnologie. Im allgemeinen werden diese Gruppen unterbezahlt, oft empfangen sie monatelang überhaupt kein Geld und fürchten um ihren Arbeitsplatz. Darüber hinaus kann die KP mit der wachsenden Verelendung des flachen Landes auf die Unterstützung durch Management und Arbeiter der noch weitgehend

intakten Kolchos- und Sowchosbetriebe rechnen, die bisher eher der linkspragmatischen Agrarpartei zuneigten. Wachsenden Zulauf erhält sie auch aus jenen Teilen der Bevölkerung, die dem verlorenen Großmachtstatus Rußlands nachtrauern und radikale Maßnahmen gegen die zunehmende Korruption und Kriminalität fordern. Dazu gehören auch die Militärs, denen die KPRF die Wiederherstellung einer gut gerüsteten, mächtigen Armee verspricht.

3. Nach außen präsentiert sich die KPRF als ideologisch-programmatisch geschlossene und organisatorisch kompakte Partei. In Wirklichkeit aber gibt es in ihren Reihen drei Strömungen, so daß die Existenz der KPRF als festgefügte Massenpartei auf längere Sicht keineswegs als gesichert erscheint. Dies sind: eine Strömung stalinistischer Nostalgiker mit rund 15 Prozent unter den Mitgliedern, eine "sozialdemokratische" Strömung mit etwa 10 Prozent an der Basis und ein linksnationalistisches Zentrum unter Sjuganow.
4. Für die KPRF bildet nicht der Aufbau des Kommunismus in Rußland oder umgekehrt die Eingliederung des Landes in die Gemeinschaft westlicher Demokratien das Ziel, sondern die Wiedererrichtung der Größe Rußlands auf den Grundlagen der spezifischen historischen Werte des Landes. In diesem Kontext sind Innen- und Außenpolitik eng miteinander verflochten: Die Besinnung auf die traditionellen Werte Rußlands dient als Kraftquell für eine eigenständige Großmachtrolle des Landes; diese wiederum gilt als zentrale Voraussetzung dafür, daß Rußland vor materieller Ausplünderung und geistiger Kolonisierung durch den Westen geschützt wird.
5. Den Schlüsselbegriff der KPRF für die innere Entwicklung bildet die "russische Idee", die sich für die KPRF weitgehend mit der sozialistischen Idee deckt. Die "russische Idee" beruht auf der Vorstellung, daß Rußland im Zeichen seiner genuinen Kulturtradition einen historischen Sonderweg eingeschlagen hat und einen spezifischen, "eurasischen" Zivilisationstyp darstellt, der sich von dem Modell der liberalen Demokratien westlicher Prägung wesentlich unterscheidet. Ähnlich wie in der deutschen Tradition des "Sonderwegs" wird dem (negativen) Begriff der "Gesellschaft" der positiv besetzte Begriff der "Gemeinschaft" entgegengestellt; die westliche liberal-individualistische Geisteshaltung und Lebensweise erscheint als unvereinbar mit der Mentalität des russischen Volkes. Dem russischen Volk entsprechen vielmehr eigene, historisch gewachsene Werte, die mit Begriffen aus der Zeit vor der Oktoberrevolution umschrieben werden. In den Vorstellungen der KPRF schafft die Besinnung auf diese vorrevolutionären Werte, gepaart und angereichert mit sozialistischen Werten sowjetkommunistischen Typs, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des zentralen Ziels der Partei: die Wiedererrichtung einer starken, in der organischen Gemeinschaft verankerten Staatsmacht (*deržava*) in Rußland. Von einem Absterben des Staates, wie es Marx, Engels und auch noch Lenin als konkrete Utopie vorschwebte, ist in den KPRF-Dokumenten keine Rede mehr.
6. Die so konsolidierte Staatsmacht soll nicht nur die innere Gesundung sichern, sondern Rußland auch nach außen als respektierte Großmacht mit eigenen Interessen und Einflußzonen ausweisen. Eine zentrale Aufgabe bildet dabei für die KPRF die Aufkündigung der Vereinbarungen zur Auflösung der UdSSR und die Wiederherstellung der Sowjetunion in den Grenzen von 1991 - auf freiwilliger Grundlage, wie sie betont. Das Verhältnis zum Westen, so fordert die KPRF in ihrem Programm, darf nicht länger durch eine Politik geprägt sein, die die staatliche Souveränität Rußlands untergräbt und das Land zum halbkolonialen Rohstofflieferanten degradiert. Notfalls müßten die nationalstaatlichen

Interessen Rußlands durch Annullierung solcher Verträge und Abmachungen gesichert werden, die den Interessen Rußlands schaden.

7. Angesichts ihres Programm-Mix entzieht sich die KP jedem im Westen geläufigen Rechts-Links-Schema. Legt man stattdessen die für das Rußland von heute eher angemessene Einteilung in Parteien staatsorientierter Richtung einerseits und liberaldemokratischer Prägung andererseits zugrunde, so wäre die KPRF eindeutig dem zuerst genannten Parteiotyp zuzuordnen. Ihre Spezifik gegenüber den anderen nationalpatriotischen Parteien besteht vor allem in einer selektiven Beimischung kommunistischen und "sozialdemokratischen" Gedankenguts. Herausgekommen ist dabei eine Programmatik, die in ihrer Widersprüchlichkeit und Eklektik ihresgleichen sucht: Sie verbindet herkömmlichen Marxismus-Leninismus mit demokratischem Pluralismus; dialektischen Materialismus mit orthodox-religiösen Werten; starke Staatsmacht mit Selbstverwaltungskonzepten; Inflationsbekämpfung mit breiter Subventionsstreuung; ökologisch ausgerichtete "nachhaltige Entwicklung" mit Produktivismus und unbegrenztem Wachstum; traditionellen Internationalismus mit großrussischem Nationalismus.
8. Wie wird die konkrete Politik einer gestärkten und möglicherweise in die Regierungsverantwortung einbezogenen KPRF jenseits aller Rhetorik tatsächlich aussehen? Die Antwort auf diese Frage fällt insofern schwer, als die Programmatik der Partei weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Felde klare Aussagen macht und Sjuganow vor ausländischem Publikum anders redet als in Rußland selbst. Während er hier eine harte Linie vertritt, sucht er im Ausland den Eindruck zu erwecken, daß eine Regierungsbeteiligung der KP keine grundstürzenden Änderungen mit sich bringen werde. Gewiß wird sich die KPRF in ihrem praktischen Handeln keineswegs strikt von ihren Programmvorgaben leiten lassen, sondern bei der Durchsetzung von Teilzielen zu Pragmatismus und Kompromiß bereit sein. Dies demonstrierte sie bei den Verhandlungen über den nationalen Haushalt ebenso wie bei ihren Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort. Vermutlich wird der KPRF im Falle einer Machtbeteiligung auch keine erneute Vollverstaatlichung der Produktions- und Austauschmittel sowie keine umfassende Neuverteilung des Eigentums vornehmen: Dies würde auf eine von der Sjuganow-KP (und der Bevölkerungsmehrheit insgesamt) strikt abgelehnte gewaltsame Konfrontation hinauslaufen und wäre angesichts der bereits erfolgten weitreichenden Umschichtungen des Eigentums sowie der wachsenden Autonomie der Regionen gegenüber der Moskauer Zentrale wahrscheinlich überhaupt aussichtslos.
9. Zugleich wird die KPRF-Politik jedoch stark von Strukturkonservatismus und Staatsinterventionismus geprägt. So will die Partei auf stärkeren Protektionismus für die inländischen Produzenten sowie auf die Durchsetzung solcher Maßnahmen dringen, die den Wirtschaftsreformprozeß insgesamt abbremsen oder sogar zum Stillstand bringen würden. Hierzu gehört ihr entschiedener Widerstand gegen jegliche Ausweitung des Rechts auf privaten Besitz an Grund und Boden (was u.a. ausländische Investoren von massivem Engagement in Rußland abhält). Darüber hinaus will die KPRF solche Bereiche der Wirtschaft in staatlicher Regie halten oder renationalisieren, die für das Land strategische Bedeutung haben: Schlüsselindustrien, insbesondere im Rüstungs- und Luftfahrtbereich, Rohstoffe und Energie, Transport, Kommunikationswesen. In einem Dringlichkeitsprogramm schließlich wird die Partei über entsprechende Gesetzesvorlagen versuchen, umfangreiche Kredite, Subventionen und Finanzhilfen für die notleidenden Zweige der nationalen Industrie, für den Militär-Industrie-Komplex und den Agrar-Industrie-Sektor bereitzustellen und die Mittel für Mindestlöhne, Renten, Gesundheit,

Bildung und sonstige Sozialleistungen drastisch zu erhöhen. Da sich die aufgeblähten Staatsausgaben kaum inflationsneutral finanzieren ließen, würde eine solche Rückkehr zur Verteilungswirtschaft aller Voraussicht nach den Rubel ruinieren und einen Inflationsschub auslösen, der in seinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen nur schwer kontrollierbar wäre.

10. Welche Folgen hätte all dies für das Verhältnis Rußlands zum Westen? Die einschneidendste Konsequenz läge darin, daß sich das Konzept der Partnerschaft mit Rußland ("Partnerschaft für den Frieden" mit der NATO, Vertrag über "Partnerschaft und Kooperation" EU-Rußland) so nicht verwirklichen ließe. Denn dieses Konzept ist nicht von geopolitischen und zivilisationsbestimmten Kriterien geprägt, von denen sich die KPRF zunehmend leiten läßt. Vielmehr geht es aus von einer weitgehenden Übereinstimmung in den Grundwerten und Prinzipien der politischen Demokratie, von kompatiblen Wirtschaftsordnungen und engen ökonomischen Verflechtungen, von komplementären außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Droht also eine Neuauflage des alten Konfrontationskurses, falls die KPRF in Zukunft Einfluß auf die Politik Rußlands gewinnt? Dies ist keineswegs zwangsläufig. Zwar werden sich bereits heute schwelende Konflikte voraussichtlich verschärfen, z.B. im Hinblick auf die Zukunft der GUS-Länder, auf die internationale Zuordnung Ostmitteleuropas, auf die nukleare und konventionelle Abrüstung. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtungen wird jedoch keine russische Führung, welches Programm auch immer sie vertritt, eine ungebremste Abschottung gegenüber dem Westen durchhalten oder auch nur anstreben. Nicht Partnerschaft, sondern ein Kurs zwischen Kooperation und Konflikt - dies dürfte vermutlich die Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen unter einer von den Kommunisten maßgeblich beeinflussten Regierung bestimmen.

## Die KPRF im Aufwind

Blicken wir zurück auf den Sommer 1991 in Rußland: Der Putsch war niedergeschlagen, die Gegner der Perestrojka ins Abseits gedrängt. Die Kommunistische Partei war zutiefst diskreditiert und wurde verboten, ihre politische Zukunft schien ungewiß. Heute, fast fünf Jahre später, steht die KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation), die neben einer Reihe kleinerer stalinistischer Formationen aus der KPdSU hervorgegangen ist, plötzlich im Brennpunkt des Interesses: Aus den Wahlen zur Staatsduma vom 17. Dezember 1995 ging sie mit 22,31 Prozent der Stimmen (gleich 99 Mandate) für die Parteiliste und 59 (von 225) Direktmandaten als klarer Sieger hervor.<sup>1</sup> Als einzige Partei in allen Landesteilen signifikant präsent, zählt sie im Parlament 35 Prozent und gemeinsam mit Abgeordneten anderer linksorientierter Richtungen (insbesondere der Agrarier mit ihren 20 Mandaten aus den Wahlkreisen<sup>2</sup>) sogar rund 40 Prozent der Mandate. In dem westsibirischen Kohlebecken Kusbass, einer früheren Hochburg Jelzins, erzielte die Partei 53 Prozent und noch immer über 30 Prozent in dem "roten Gürtel", der sich westlich und südlich von Moskau über die Gebiete Smolensk, Brjansk, Kursk, Orjol, Belgorod, Woronesh, Tambow bis zur Republik Mordwinien hinzieht. Insgesamt belegte die KPRF in 70 der 89 Subjekte der Föderation den ersten Platz, in weiteren 13 landete sie an zweiter Stelle.<sup>3</sup>

Als Ergebnis des Wahlerfolgs der Kommunisten wurde der Parteijournalist und Stellvertretende Vorsitzende der alten Staatsduma, G. Selesnjow, zum Sprecher der neuen Duma gewählt.<sup>4</sup> Darüber hinaus übernahmen KPRF-Vertreter den Vorsitz in neun (von 28) Duma-Komitees, darunter in den wichtigen Komitees für Gesetzgebung, für Wirtschaftspolitik, für Sicherheit, für Angelegenheiten der Föderation und Regionalpolitik sowie für Bildung und Wissenschaft.<sup>5</sup> Mit diesen Erfolgen werden die Kommunisten auch auf die für Juni 1996 anberaumten, für die Zukunft des Landes ungleich wichtigeren Präsidentschaftswahlen erheblichen Einfluß nehmen. Tatsächlich nannte die KPRF-Führung bereits kurz nach der Wahl als eines ihrer Hauptziele, "einen patriotisch gesinnten Präsidenten an die Macht zu bringen".<sup>6</sup> Mitte Februar 1996 schließlich bestimmten die KPRF-Führungsgremien Sjuganow endgültig zu ihrem Kandidaten.

Wie ist dieses Comeback einer Partei, die von dem Perestrojka-Gegner und gelernten ML-Gesellschaftswissenschaftler Gennadij Sjuganow (Jg. 1944) geführt wird, zustande gekommen? Wo liegen die Kraftquellen der KPRF, von welcher Programmatik läßt sie sich leiten, und wie sehen ihre konkreten Handlungsmuster aus? Ist sie wie die früheren KPen Ungarns, Polens, Litauens und der Slowakei zu einer sozialdemokratischen Partei geworden, oder will sie die Menschheit auch weiterhin in die lichte Zukunft des Kommunismus führen?

Um es vorwegzunehmen: Die KPRF ist keines von beidem.<sup>7</sup> Gerade hierin liegt überhaupt ihr eigentliches Erfolgsgeheimnis - auch gegenüber der Vielzahl kleiner, miteinander konkurrierender kommunistischer Parteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten. Denn anders als diese strebt

<sup>1</sup> Das offizielle amtliche Endergebnis der Staatsdumawahlen findet sich in: Itar-Tass, 26.12.1995, und Segodnja (Moskau), 27.12.1995.

<sup>2</sup> Zum Charakter der Agrarpartei vgl. L. Belin, *The Two Faces of the Agrarian Party*, in: *Transition* (Prag), Nr. 22/Dezember 1995, S. 29-31.

<sup>3</sup> *Nezavisimaja gazeta* (Moskau), 21.12.1995.

<sup>4</sup> Zur Person vgl. sein Interview *Novomu spikeru blizka švedskaja model'*, in: *Nazavisimaja gazeta*, 19.1.1996.

<sup>5</sup> Zur Aufteilung der Komitees im einzelnen vgl. *Frakcii i gruppy Gosdumy podelili komitety*, in: *Segodnja*, 20.1.1996.

<sup>6</sup> "Alt alle riforme choc", *Ziuganov chiede la testa del governo*, Interview mit G. Zjuganov, in: *l'Unità* (Rom), 19.12.1995.

---

die KPRF keine einfache Rückkehr zum Realsozialismus sowjetischen Typs an. Das eigentlich Neue an ihr ist vielmehr, daß sie die sozialistischen Ideen leninistischer Prägung mit der traditionellen "russischen Idee" einer besonderen zivilisatorischen Mission Moskaus zu kombinieren sucht.<sup>8</sup> Damit profiliert sich die Partei erfolgreich als linksnationalistische Kraft - als eine Kraft nämlich, die Kollektivismus und soziale Gerechtigkeit mit dem Engagement für die Wiederherstellung der Großmacht auf den Grundlagen der spezifischen Werte und Interessen Rußlands verbindet. So gesehen gleicht die KPRF eher der national-populistischen Sozialistischen Partei Serbiens unter Slobodan Milošević als den ex-kommunistischen Reformparteien in Ost-Mitteuropa.<sup>9</sup>

## Strukturen und Parteiströmungen

Angesichts der komplexen Transformationskrise ist die große Mehrheit der Bevölkerung in Rußland seit Jahren einem ständigen Streß ausgesetzt. Von daher kann es nicht überraschen, daß sie sich schwerpunktmäßig auf jene Kräfte orientiert, die - wie die KPRF (und die LDPR) - scharfe Kritik an den Regierungen im Zentrum und vor Ort üben, die für die Misere verantwortlich gemacht werden. Dabei sind die Vorbehalte gegenüber den Kommunisten mit dem wachsenden zeitlichen Abstand von ihrer Entmachtung offenbar geringer geworden: Hatte der Protest bei den Dumawahlen von 1993 seinen wichtigsten Bezugspunkt noch in der Shirinowskij-Partei gesehen, so konzentrierte er sein Votum jetzt auf die KPRF.<sup>10</sup> Symptomatisch für die Wurzeln des Protestes ist das Gebiet Wolgograd.<sup>11</sup> Wie viele Regionen ist Wolgograd von einer typisch "sowjetischen" Wirtschaftsstruktur geprägt - es dominieren mit Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Elektronik, Militär-Industrie-Komplex (z.B. Produktion der SS 25),

<sup>7</sup> Vgl. hierzu das für die folgenden Ausführungen grundlegende Programm der KPRF vom Januar 1995, in: Pravda (Moskau), 31.1.1995. Herangezogen wurden darüber hinaus die "Programmthesen" des II. Außenordentlichen KPRF-Parteitags vom März 1993, in: Dialog (Moskau), Nr. 4-6/1994, S. 42-47, der Programmwurf vom Oktober 1994, in: Materialy IX plenuma Central'nogo Ispolnitel'nogo Komiteta KPRF (Moskau), die KPRF-Wahlplattform "Für unsere sowjetische Heimat" vom August 1995, in: Dialog, Nr. 10/1995, S. 3-9, sowie der Zjuganov-Beitrag: Dvenadcat' urokov istorii, in: Pravda, 23.11.1995 (in Form ihrer Wochenbeilage Pravda Rossii). Eingehendere russische Analysen bei O. Lacis, Vpered - v prošloe, in: Izvestija (Moskau), 14.2.1995; A. Sadčikov, Esli zavtra vernutsja včerašnie, in: Utro Rossii (Moskau), Nr. 28/13. 19.7.1995; Izvestija-Analysezentrum, Tri istoka sovremennogo nacional-kommunizma, in: Izvestija, 9.9. 1996. Westliche Beiträge u.a.: Joan Barth Urban, The Communist Movement in Russia Today, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), Köln, Nr. 55/ 1995; V. Oittinen, Ein populistischer Zwitter: Rußlands KP zwischen Leninismus und Staatspatriotismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Bonn), Nr. 5/1995, S. 946-955; B. Frederick, Au-delà de la nostalgie, la parcée communiste, in: Le Monde diplomatique (Paris), Nr. 11/ 1995, S. 13; E. Schneider, Die nationalistische und die kommunistischen Fraktionen der rußländischen Staatsduma, Berichte des BIOst, Nr. 28/1995; L. Belin, Are the Communists Poised for Victory?, in: Transition, Nr. 22/Dezember 1995, S. 25-28.

<sup>8</sup> Ausführlich zu dieser Verbindung A. Cipko, Počemu partija Gennadija Zjuganova možet pobedit' na dekabr'skich vyborach, in: Nezavisimaja gazeta, 9.11.1995.

<sup>9</sup> Zum reformorientierten Wandel der früheren KPen Ostmitteleuropas vgl. meinen Beitrag: Nehmen die Kommunisten Revanche?, in: Europäische Rundschau (Wien), Nr. 4/1994, S. 21-36. Interessanterweise betonte auch der von der KPRF gestellte neue Staatsduma-Sprecher Seleznev, bei den zu Sozialisten und Sozialdemokraten mutierten Ex-KPen Ostmitteleuropas handele es sich um "Parteien eines anderen Typs", vgl. sein Interview, a.a.O.

<sup>10</sup> Ähnlich O. Lacis, Vybory-95 pokazali: Rossija ne chočet rezkich dviženij, in: Izvestija, 19.12.1995.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden S. Krüger/H.-H. Schröder/H. Timmermann, Wolgograd wählt. Ergebnisse einer Beobachtermission in der russischen Provinz, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 2/1996. Objekt der Beobachtung für OSZE/EU/Bundesregierung waren die Staatsdumawahlen vom 17. Dezember 1995 durch die Autoren.

Kolchosen und Sowchosen solche Branchen, die sich nur schwer auf die neuen Bedingungen einstellen können. Als Beispiel für den ökonomisch-sozialen Abschwung hier nur einige ausgewählte Zahlen:<sup>12</sup>

- Das berühmte Traktorenwerk, Symbol der Industrialisierung in den 30er Jahren und später des Stalingrader Abwehrkampfes, produziert heute bei einer Kapazität von 78.000 Schleppern nur noch 6.000 Einheiten. Insgesamt waren im ersten Quartal 1995 40 Prozent der Industriebetriebe im Gebiet Wolgograd gezwungen, ihre Produktion vorübergehend einzustellen.
- Der durchschnittliche Ertrag der Getreidekulturen fiel von 12,4 Doppelzentner 1994 auf sieben Doppelzentner 1995; pro Stück Vieh standen den Kolchosen/Sowchosen nur 9,9 Doppelzentner Futter zur Verfügung statt 13,9 im Jahr 1994. Die Anzahl der Privatbauern im Gebiet Wolgograd ist nach ihrem Höhepunkt 1992 aufgrund vielfacher Schwierigkeiten inzwischen wieder rückläufig.
- Zwar ist die Arbeitslosenquote mit 1,5 Prozent noch gering. Jedoch bleibt die Hälfte der Betriebe teilweise monatelang mit den Lohnzahlungen im Verzug, oder sie zahlen überhaupt nicht mehr. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als die Kosten staatlicher Dienstleistungen 1995 gegenüber dem Vorjahr im Schnitt um das Dreifache anstiegen. Dabei wurde Gas 15mal teurer, Fahrten im öffentlichen Nahverkehr sechsmal und die Mieten fast viermal. Angesichts solcher Preissteigerungen sanken die realen Einkommen 1995 nochmals um 23 Prozent. Die Menschen sind gezwungen, zunehmend von anspruchsvolleren auf einfache Grundnahrungsmittel umzusteigen (Mehl, Graupen, Teigwaren).

So sind die guten Ergebnisse für die Kommunisten in Wolgograd - 31 Prozent auf der Parteiliste und drei der vier Direktmandate (das vierte ging an die KP-gestützten Agrarier) kein Zufall. Vielmehr drückt sich darin der wirtschaftliche Niedergang und die damit verbundene Verelendung solcher sozialer Gruppen aus, die zu den Verlierern des Umbruchs zählen: Rentner, kinderreiche Familien, Staatsangestellte (Lehrer, Ärzte, Polizisten, Militärs), Arbeiter unrentabler Betriebe sowie Teile der sozial deklassierten technischen Intelligenz aus Industrie, Rüstungssektor und den Konstruktionsbüros der Hochtechnologie. Im allgemeinen werden diese Gruppen unterbezahlt, oft empfangen sie monatelang überhaupt kein Geld und fürchten um ihren Arbeitsplatz. Darüber hinaus kann die KP mit der wachsenden Verelendung des flachen Landes auf die Unterstützung durch Management und Arbeiter der noch weitgehend intakten Kolchos- und Sowchosbetriebe rechnen, die bisher eher der linkspragmatischen Agrarpartei zuneigten. Wachsenden Zulauf erhält sie auch aus jenen Teilen der Bevölkerung, die dem verlorenen Großmachtstatus Rußlands nachtrauern und die radikale Maßnahmen gegen die zunehmende Korruption und Kriminalität fordern. Dazu gehören auch die Militärs, denen die KPRF die Wiederherstellung einer gut gerüsteten, mächtigen Armee verspricht. "Armee und Volk sind eins", heißt es nach traditioneller Art in einem speziell an die Soldaten gerichteten Wahlauftrag der Partei.<sup>13</sup> Schließlich verfügt die KPRF über wichtige Stützpunkte in vielen lokalen Verwaltungen sowie in alten und neuen Wirtschafts- und Finanzkreisen. In Wolgograd beispielsweise zählten zu den Siegern der Gemeindewahlen vom Oktober 1995 (22 von 24 Ratsmandaten gingen dabei an die KP) Direktoren und hochqualifizierte Spezialisten aus Großbetrieben, Universitätsdozenten, Stadtteil-Verwaltungschefs sowie der Vorsitzende des Offiziersbundes im Gebiet Wolgograd.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Zum folgenden wurden die Angaben des Gebietskomitees für Statistik herangezogen, in: *Volgogradskaja pravda*, 26.10.1994 und 25.10.1995.

<sup>13</sup> *Slovo k Soldatu Otečestva*, hg. vom ZK der KPRF, Moskau, November 1995.

---

Meist setzt sich die KPRF - gerade auch in den Regionen - an die Spitze des sozialen Protestes. Zwar dominiert unter Mitgliedern und Wählern die ältere Generation: 49 Prozent ihrer Wähler sind über 55 Jahre alt (Jabloko Jawlinskijs: 25 Prozent), 32 Prozent zwischen 40 und 54 Jahren (Jabloko: 28 Prozent), 14 Prozent zwischen 25 und 39 Jahren (Jabloko: 33 Prozent), und nur 5 Prozent zwischen 18 und 24 Jahren (Jabloko: 15 Prozent).<sup>15</sup> Doch faßt die Partei durch intensive Vertrauensarbeit zunehmend auch unter den Jugendlichen Fuß. Das Ergebnis: Mit rund 550.000 Parteibuchbesitzern hat die KP doppelt so viele Mitglieder wie alle anderen Parteien zusammengekommen, ihre 20.000 Grundorganisationen verteilen sich auf sämtliche 89 Subjekte der Russischen Föderation.

Zu den Wahlen hatte die KP ihre organisatorische Kraft voll eingesetzt, wie der persönliche Augenschein in Wolgograd eindrucksvoll bestätigte: Anders als die meisten übrigen Formationen suchte sie den massenhaften Kontakt zu den Wählern, agitierte sie flächendeckend in Wohnvierteln und Betrieben, schickte sie ihre Vertreter zwecks Kontrolle von Wahl- und Zählprozeduren in die örtlichen Wahlkommissionen und als Beobachter in die Wahllokale.<sup>16</sup> Die KP habe auch die entferntesten Landesteile erreicht, betonte Sjuganow stolz nach Verkündung der Wahlergebnisse. Sie habe "sämtliche Regionen derart solide und massiv gepflügt, daß die Saat der Kommunisten wenn nicht sofort, so doch in naher Zukunft aufgehen mußte".<sup>17</sup> Gerade das aus Sowjetzeiten überkommene dichte organisatorische Netzwerk garantiert Stärke und Einfluß der Partei und nicht - wie bei den meisten anderen Formationen - die charismatische Führungsfigur. Anders ausgedrückt: Die KPRF würde als relevante politische Kraft auch dann überleben, wenn ihr Vorsitzender aus irgendeinem Grunde ausfiele. Insofern ist sie eine im russischen Parteienspektrum durchaus untypische Organisation.<sup>18</sup>

Bereits bei den Wahlen zur Staatsduma vom Dezember 1993 hatte die KPRF auf der Parteiliste 12,4 Prozent der Stimmen erzielt und war dort mit 45 (von 450) Abgeordneten vertreten; darüber hinaus verzeichnete sie in einigen späteren Regionalwahlen spektakuläre Erfolge. Interessanterweise legt die KPRF ganz bewußt Wert darauf, professionell ausgewiesene Repräsentanten in die Parlamente zu delegieren (und nicht reine Ideologen oder Berufsdemonstranten, wie Sjuganow bemerkte). Angesichts der amorphen Strukturen und der rasanten Umbrüche der russischen Gesellschaft gelingt es den Kommunisten mit ihren eingeschliffenen Organisationen und Beziehungen offenbar weit besser als den meisten anderen Parteien und Wahlblöcken, die verunsicherten Wähler dauerhaft an sich zu binden: Umfragen zufolge wollten über 66 Prozent an ihrer früheren Entscheidung für die KPRF festhalten, bei den "Liberal-Demokraten" Shirinowskijs waren es nur 19 Prozent.<sup>19</sup> Hierzu trägt zweifellos auch die Tatsache bei, daß die KPRF mit der "Pravda Rossii" über ein eigenes Organ verfügt und auf Unterstützung durch die ihr nahestehenden und landesweit verbreiteten Tageszeitungen "Pravda" und "Sovetskaja Rossija"

---

<sup>14</sup> Hierzu im einzelnen N. Dulina/V. Tokarev, Municipal'nye vybory v Volgograde, Wolgograd, Oktober 1995 (unveröffentlichtes Manuskript). Ähnlich A. Serenko, Itogi gorodskich vyborov: vsem veselo, vse smejuetsja, in: MIG (Wolgograd), 20.10.1995.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Beitrag von VCIOM-Chefs J. Levada, Vybory: pejazž posle bitvy i pered nej, in: Izvestija, 11.1.1996.

<sup>16</sup> Diesen Befund unterstreicht der Beitrag Stalingradskij proryv, in: Volgogradskaja pravda, 7.10.1995; sowie verschiedene Angaben des Zentralorgans der KP-Gebietsorganisation Volgogradskaja Tribuna. Zu Formen und Inhalten der kommunistischen Aktivitäten in den Regionen vgl. A. Schutow/D. Badowski, Politik in den Regionen Rußlands und die Rolle der Eliten, in: Osteuropa, Nr. 12/1995, S. 1133 f. sowie S. 1138.

<sup>17</sup> "Alt alle riforme choc", a.a.O.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu S. Markov, Levye pravejut i usilivajutsja, in: Segodnja, 10.8.1995.

<sup>19</sup> VZIOM-Umfrage, Segodnja, 11.8.1995. Ähnlich in seiner Wahlanalyse J. Levada, Vybory..., a.a.O.

zählen kann.<sup>20</sup> In den Städten und Regionen publiziert sie insgesamt 120 Zeitungen und Zeitschriften, die sich schwerpunktmäßig mit Problemen vor Ort befassen.<sup>21</sup>

So präsentiert sich die KPRF nach außen als ideologisch-programmatisch geschlossene und organisatorisch kompakte Partei. Tatsächlich aber täuscht das Bild, wie nicht zuletzt das Abstimmungsverhalten der KPRF-Dumafraktion in der Legislaturperiode 1993-1995 zeigt. Zwar stimmte die Fraktion am 23. Februar 1994 relativ geschlossen für die Amnestierung der Anführer des Putschversuchs vom Oktober 1993 (91,3 Prozent) sowie am 7. April 1995 für die Verlängerung des Wehrdienstes (93,5 Prozent). Bei anderen Gelegenheiten hielt die KP-Gruppe jedoch keineswegs die traditionelle Fraktionsdisziplin, sondern zerfiel in unterschiedliche Bestandteile. So votierten am 11. Januar 1995 immerhin 20 Prozent der KP-Fraktion für eine friedliche Regelung des Tschetschenienkonflikts, und die Anzahl jener, die für eine Publizierung der Gefallenenlisten stimmten, betrug sogar 42,2 Prozent. Für die Verabschiedung des von der Regierung vorgelegten Haushalts schließlich sprachen sich am 22. Juni 1994 39,1 Prozent aus.<sup>22</sup> Dieses gelegentlich diffuse Abstimmungsverhalten ist ein Indiz dafür, daß es in der KPRF mehrere Strömungen gibt, so daß ihre Existenz als festgefügte Massenpartei auf längere Sicht keineswegs als gesichert erscheint.<sup>23</sup> Bei vielfachen Überschneidungen lassen sich grob gesehen drei Gruppierungen ausmachen.

Die Strömung *stalinistischer Nostalgiker* ist unter den Mitgliedern mit etwa 15 Prozent vertreten. Sie profitieren von dem Druck, den stalinistische Formationen von außen auf die KPRF-Führung ausüben, um sie zur Liquidierung nationalistischer bzw. sozialdemokratischer Programmatik zu zwingen und sie auf das traditionelle Konzept des Marxismus-Leninismus festzulegen.<sup>24</sup> Den Kern solcher Formationen bildet der linksextreme Wahlblock "Kommunisten/Arbeitendes Rußland/Für die Sowjetunion" mit Wiktor Anpilow im Führungstrio, einem erprobten Organisator Moskauer Massendemonstrationen mit gelegentlich gewaltsamem Charakter. Immerhin verfehlte dieser Block mit 4,5 Prozent der Stimmen nur knapp den Einzug in das Parlament. Gewisse Sympathien für Vorstellungen dieser Strömungen dürften drei Putschisten vom August 1991 bzw. Oktober 1993 hegen, die für die KPRF in die Staatsduma einzogen: A. Lukjanow, der frühere Vorsitzende des Obersten Sowjet der UdSSR, W. Warennikow, seinerzeit Befehlshaber der sowjetischen Landstreitkräfte, und A. Makaschow, der ehemalige Befehlshaber des Wolga-Ural-Wehrkreises. Das Problem der ML-Traditionalisten innerhalb und außerhalb der KPRF besteht darin, daß Umfragen zufolge nur noch rund 15 Prozent des Wahlvolkes ein schlichtes Zurück zum Realsozialismus sowjetischen Typs wünschen.<sup>25</sup>

Auf der anderen Seite steht die *sozialdemokratische Strömung*, die allerdings nur bedingt als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann. Der Anhang dieser Strömung, zu der der Vize-Parteichef W. Kupzow und der neugewählte Staatsdumasprecher Selesnjow gerechnet werden,

<sup>20</sup> Utro Rossii, a.a.O.

<sup>21</sup> Vgl. Interview Zjuganovs mit der Pravda, 24.10.1995.

<sup>22</sup> Volgogradskaja Pravda, 15.12.1995. Die Zahlen wurden von der Jabloko-Fraktion zusammengestellt.

<sup>23</sup> Die folgenden Angaben über die Stärke der verschiedenen Strömungen bei E. Schneider, Russische Parteien vor der Staatsdumawahl, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 60/1995. Zu Entstehungsgeschichte und Strömungen in der KPRF vgl. im einzelnen S. Černjachovskij, Kommunističeskoe dviženie v El'cininistkoj Rossii, in: Rossija XXI (Moskau), Nr. 1-2/1994, S. 74-94.

<sup>24</sup> Vgl. V. Chamraev, Sojuz kompartij KPSS pravel XXX s'ezd KPSS, in: Segodnja, 4.7.1995. Programmdokumente der "Union Kommunistischer Parteien - KPdSU" einschließlich einer Grundsatzrede ihres Vorsitzenden (und Putschisten vom August 1991), V. Šenin, finden sich in: Dialog, Nr. 8/1994, S. 8-16. Zu Programm, Struktur und Politik der linksextremen KPen vgl. ausführlich J. Barth Urban, a.a.O.; G. Luchterhandt, Die politischen Parteien im neuen Rußland, Bremen 1993, S. 240 ff.; sowie E. Schneider, Rußland auf Demokratiekurs, Köln 1994, S. 22 ff.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu die Analyse von J. Levada, Vybory..., a.a.O.

---

macht unter den Mitgliedern etwa 10 Prozent aus. Ihr Handicap besteht darin, daß das sozialdemokratische Feld bereits von einer Vielzahl einschlägiger Parteien besetzt ist, seien sie aus der KPdSU hervorgegangen (wie die Republikanische Partei unter Lyssenko oder die Sozialdemokratische Volkspartei/Union unter Lipizkij) oder als Neugründungen entstanden (wie die SDPR unter ihren wechselnden Führungsfiguren Rumjanzew, Orlow, Golow, Beloserzew). Vor allem aber wird die sozialdemokratische Strömung von Gegnern innerhalb und außerhalb der KPRF scharf bekämpft. Die KP-Orthodoxie wirft ihr vor, sie wolle die KPRF in den Sumpf des "Sozialdemokratismus" führen - ein altbekanntes Argumentationsmuster, mit dem die KP-Orthodoxie zu verhindern sucht, daß das programmatisch weiterhin anvisierte "kommunistische Endziel" revidiert wird.

Stammt dieser Vorwurf noch aus dem Arsenal der Geschichte, so kommt heute ein weiteres Argument hinzu, mit dem der stalinistische Flügel die "sozialdemokratische" Parteiströmung zu diskreditieren sucht: Die Anpassung an sozialdemokratische Konzepte laufe darauf hinaus, daß die besonderen kulturhistorischen Traditionen und Voraussetzungen Rußlands mißachtet und das Land den zersetzenden Einflüssen der westlichen Zivilisation ausgeliefert werde. Der Kampf gegen eine zivilisatorische Kolonisierung Rußlands durch den Westen erfordert daher die Abwehr sozialdemokratischer Einflüsse in der KPRF, gilt doch die Sozialdemokratie in den Augen der Parteiführung als Teil der spezifisch westlich geprägten Zivilisation (was sie ja auch tatsächlich ist). In diesem Licht ist die KPRF so, wie sie sich heute darstellt, gewiß kein Kandidat für eine Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale. Sie will es im übrigen auch gar nicht sein: Angesichts der spezifischen Bedingungen des Landes "kann es in Rußland keinerlei Sozialdemokratie geben", befand der Stellv. Parteichef A. Schabanow.<sup>26</sup>

## **Kommunistische und sozialdemokratische Versatzstücke**

Die Klammer zwischen diesen beiden Flügeln bildet *das linksnationalistische Zentrum*, das unter dem Dach eines staatsorientierten Nationalpatriotismus kommunistische und sozialdemokratische Versatzstücke in sich vereinigt. Rund 75 Prozent der Mitgliedschaft vertreten unter Führung von Sjuganow diese Strömung.<sup>27</sup> Programmatisch ist sie eindeutig auf eine nationalpatriotische Linie spezifisch russischer Prägung ausgerichtet, die sich in zentralen Punkten mit den Konzeptionen anderer nationalpatriotischer Formationen Rußlands deckt. Zu ihnen gehören die "Großmacht"-Bewegung Ruzkojs, der "Kongreß Russischer Gemeinden" von Skokow und Lebed, der Wahlblock "Die Macht dem Volke" von Ex-Ministerpräsident Ryshkow; zur Partei Shirinowskijs allerdings hält die KPRF deutlichen Abstand, da sie diese als unseriös einschätzt und ihr (keineswegs zu Unrecht) vorwirft, das Regime Jelzin-Tschernomyrdin zu unterstützen<sup>28</sup>. Zugleich hat die KPRF ihrer Programmatik und Rhetorik jedoch orthodox-kommunistische und "sozialdemokratische" Versatzstücke beigemischt, um die beiden anderen Strömungen zu integrieren sowie deren Anhang unter Mitgliedern und Wählern für sich zu mobilisieren.

Die Anhänger linksextremer Positionen finden sich in solchen Aussagen des Grundsatzprogramms (vom Januar 1995) wieder, in denen davon die Rede ist, daß sich die KPRF auch künftig

<sup>26</sup> Sekrety partii, vstavšej na nogi, Interview mit Vek (Moskau), 19.-25.1.1996

<sup>27</sup> Zum politischen Werdegang des KPRF-Chefs vgl. N. Krotow/G. Luchterhandt, Zwischen "Patriotismus" und "Sozial-Demokratie": Der Kommunist Gennadij Sjuganow, in: Osteuropa, Nr. 9/1994, S. 855-861; G. Melamedow, KP-Führer Sjuganow - ein Sozialdemokrat?, in: Wostok (Köln), Nr. 4/1995, S. 17-19; Izvestija, Tri istoka..., a.a.O.; sowie I. Archipov, Krasnaja ruletka, in: Novoe Vremja (Moskau), Nr. 42/Okttober 1995, S. 10f. Zur Vorgeschichte der KPRF und hier insbesondere ihrer nationalpatriotischen Mutation vgl. W. Slater, The Russian Communist Party Today, in: RFE/RL Research Report (München), Nr. 31/12.8. 1994, S. 1-6.

<sup>28</sup> Wahlplattform, a.a.O., S. 4.

von der marxistisch-leninistischen Lehre leiten lassen wird und den Kommunismus als "historische Zukunft der Menschheit" betrachtet. Folgerichtig wendet sich die Partei gegen einen "historischen Vandalismus", der die Geschichte der KP und der von ihr regierten Sowjetunion seit der Oktoberrevolution von 1917 scharf verurteilt. Stattdessen bekennt sie sich ausdrücklich zu sämtlichen Phasen der KP, denn diese hat in den Augen der KPRF das Land zu einem modernen Industriestaat entwickelt und Moskau in den Rang einer Weltmacht gehoben. Zwar habe es Fehler gegeben, heißt es weiter im Programm, doch seien sie weniger auf strukturelle Mängel im System als auf den Einfluß "kleinbürgerlicher Strömungen", auf die Inkompetenz einzelner Führer und zuletzt auf den "Verrat" von Gorbatschow, Jakowlew, Jelzin und Schewardnadse zurückzuführen. Die in ihrem Kern gesunde KPdSU ist im Verständnis der KPRF somit den ehrgeizigen und verräterischen Ambitionen einiger ihrer Führer zum Opfer gefallen. Heute habe diese "Partei Trotzkijs und Berijas, Wlassows und Jakowlews, Gorbatschows und Jelzins einen neuen, heuchlerischen Namen angenommen", heißt es in der KPRF-Wahlplattform vom August 1995: Sie bezeichne sich als "Unser Haus Rußland" (so der Name des Mitte-Rechts-Wahlblocks unter Ministerpräsident Tschernomyrdin).<sup>29</sup>

Bezeichnenderweise steigert sich die Kritik der KPRF an der KPdSU von Stalin über Chruschtschow zu Gorbatschow (und nicht umgekehrt, wie man wohl vermutet hätte): Über Stalin findet sich im KPRF-Programm kein kritisches Wort, stattdessen wird die strategische Linie des Diktators voll gerechtfertigt.<sup>30</sup> Der Hauptvorwurf gegen Chruschtschow besteht darin, die Losung vom "Einholen und Überholen" des Westens ausgegeben zu haben (im III. KPdSU-Programm von 1961). Die Kritik wird aber nicht etwa damit begründet, daß dieser hiermit gänzlich unrealistisch solche Ziele anvisiert habe, die die Kräfte des Landes überspannt hätten. Vielmehr werden die Verfehlungen Chruschtschows in einem "unkritischen Kopieren eines frühen Modells der westlichen Gesellschaft auf dem Gebiet von Produktion und Verbrauch" gesehen. Zugleich werden solche Einschätzungen, die den Akzent eher auf die kulturhistorischen Besonderheiten Rußlands legen, durch die Betonung internationalistischer Traditionen kompensiert: Immerhin konnte die KPRF auf ihrem III. Parteitag vom Januar 1995 45 kommunistische und sozialistische Parteien aus aller Welt als Gäste begrüßen, darunter die PDS unter Leitung von Hans Modrow.<sup>31</sup>

Die Anhänger sozialdemokratischer Positionen ihrerseits können darauf verweisen, daß die KP bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele auf die Anwendung von Gewalt verzichtet und ihre Konzeptionen auf friedliche, legale Weise umsetzen will, darunter insbesondere in den Parlamenten. Insofern unterscheidet sich die KPRF in einer zentralen Position von der Partei Lenins und zieht damit zugleich eine klare Trennlinie zu den meisten kleineren KPen, die auf Gewalt und Revolution nicht verzichten wollen.

Gut herausgearbeitet werden die Unterschiede von einem russischen Autor, der die Konzepte der Vertreter einer Belebung der KPdSU einerseits und der KPRF andererseits in der Phase ihrer "Entmischung" 1992/93 analysiert. Hierzu heißt es u.a.: "Das Organisationskomitee des ZK der KPdSU trat für die Wiederherstellung einer KP Rußlands im Verband der KPdSU ein, das ZK der KPRF für eine Partei außerhalb der KPdSU. Im ersten Falle bedeutete das einen Kurs auf Wiederherstellung der Sowjetunion als eine der vorrangigen Aufgaben, im zweiten Falle bedeutete das die Aufgabe dieses Ziels bzw. seine Verschiebung in eine ferne Zukunft, d.h. es wurde de facto die Rechtmäßigkeit der Belowesher Abkommen [von 1991 zur Auflösung der Sowjetunion, H.T.] anerkannt... Das Organisationskomitee des ZK der KPdSU trat für die Nutzung

<sup>29</sup> Wahlplattform, a.a.O., S. 3.

<sup>30</sup> Vgl. hierzu die Analyse des KPRF-Programms von O. Lacis, *Vpered - v prošloe*, a.a.O.

<sup>31</sup> *Materialy i dokumenty III s'ezda KPRF*, Moskau 1995, S. 121-128.

---

aller zulässigen Formen der Arbeit und für Aktionen unter allen Umständen ein, das Organisationskomitee des II. Kongresses der KPRF dagegen für die Schaffung einer gesetzestreuen Partei, die im Rahmen des von der Regierung Erlaubten handelt... Die Anhänger der KPdSU sehen die Aufgabe der KP in der Beseitigung des bestehenden politischen Regimes und in der Beseitigung der Bedingungen, denen sie unterworfen sind, die Anhänger der KPRF sind auf Handlungen im Rahmen des Regimes und auf Anpassung an die gegebenen Bedingungen gerichtet. Die Anhänger der KPdSU appellieren an Kategorien moralischer Art (Treue zu den Ideen der Partei, Fortsetzung dessen, was die Gründer der revolutionären Bewegung begonnen haben, Ablehnung von Kompromissen mit einem unrechtmäßigen Regime), die Anhänger der KPRF appellieren an Kategorien der Zweckmäßigkeit (man muß sich registrieren lassen, man muß Kandidaten für Abgeordnetenmandate aufstellen, man muß Eigentum erwerben)."<sup>32</sup>

Angesichts dieser Absetzbewegung von bestimmten Denk- und Handlungsmustern der kommunistischen Orthodoxie wird verständlich, daß sich die KPRF-Führung an dem gegen Jelzin gerichteten Putschversuch vom Oktober 1993 nicht beteiligte: Sie weiß, daß sie nach dem im kollektiven Bewußtsein der Bevölkerung noch fest verankerten Trauma des Bürgerkriegs von 1918 bis 1920 jeden Anschein vermeiden muß, als setze sie bei der Durchsetzung ihrer Ziele letztlich doch auf Repression und Gewalt. Stattdessen finden sich in den programmatischen Dokumenten der Partei und in ihrem konkreten Handeln Hinweise darauf, daß sie hinfort Demokratie, Parteienpluralismus, Marktmechanismen und unterschiedliche Eigentumsformen akzeptieren will.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß dieses Bekenntnis keinesweg eindeutig ist. Was das politische System angeht, so zielt die KP auf die Abschaffung der gültigen Verfassung per Referendum und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, in der die Präsidentschaft beseitigt wird und die traditionellen Sowjets das gegenwärtige Institutionengefüge ablösen. Als vorbildlich für die inhaltliche Ausgestaltung der anvisierten neuen Verfassung nennt das Programm konkrete Punkte, wie sie angeblich von KPdSU-Generalsekretär Andropow (1982-84) eingeleitet wurden - darunter "die Selbstverwaltung in der Produktion, die Demokratisierung der Wahlen, die Freiheit des Wortes und der politischen Vereinigungen". Diese Berufung auf Andropow relativiert das Bekenntnis der KPRF zu Demokratie und Freiheit, war doch die KPdSU während dieser Periode trotz gewisser Reformansätze keineswegs zu einer Eingrenzung ihres Machtmonopols bereit.<sup>33</sup>

Ähnliche Ambivalenzen betreffen den wirtschaftlichen Bereich. Zwar nennt die KPRF das Wirksamwerden von Marktmechanismen und die Pluralisierung der Eigentumsformen als Elemente ihrer Programmatik, doch schränken die Bedingungen, unter denen dies geschehen soll, solche Aussagen zugleich wieder ein. Der Schwerpunkt liegt deutlich auf der Forderung nach umfassender Staatsregulierung und Vorrang für gesamtgesellschaftliche Eigentumsformen, denn nur sie bieten Sjuganow zufolge die Gewähr für die Realisierung der bevorstehenden Aufgaben, darunter die Sicherung des sozialen Schutzes, "die Bildung einer mächtigen modernen Armee" sowie "die Verteidigung der national-staatlichen Interessen".<sup>34</sup> Eine forcierte Privatisierung widerspricht somit ideologischen Postulaten (wie bei der KPdSU), aber auch den Zielen der KPRF, Rußland als starken Staat wiedererstehen zu lassen (wobei auf bemerkenswerte Konvergenzen mit der Programmatik der LDPR Shirinowskijs hinzuweisen ist).

---

<sup>32</sup> S. Černjachovskij, *Kommunističeskoe dviženie...*, a.a.O., S. 90f.

<sup>33</sup> So auch Laciš, *Vpered - v prošloe*, a.a.O.

<sup>34</sup> Beitrag für die *Pravda*, 23.11.1995 (in der Wochenbeilage *Pravda Rossii*).

## Nationalpatriotische Grundpositionen

Orthodox-kommunistische und "sozialdemokratische" Elemente innerhalb ein und derselben Partei also - ein scheinbar unvereinbarer Widerspruch? Keineswegs, denn tatsächlich bilden beide Elemente keinen Wert an sich, sondern fügen sich ein in eine entschieden nationalpatriotische Grundposition. Denn nicht die Errichtung des Kommunismus in Rußland oder umgekehrt die Eingliederung des Landes in die Gemeinschaft westlicher Demokratien ist das Ziel der KPRF, sondern die Wiedererrichtung der Größe Rußlands auf den Grundlagen der spezifischen historischen Werte des Landes. In diesem Kontext sind Innen- und Außenpolitik eng miteinander verflochten: Die Besinnung auf die traditionellen Werte Rußlands dient als Kraftquell für eine eigenständige Großmachtrolle des Landes; diese wiederum gilt als zentrale Voraussetzung dafür, daß Rußland vor materieller Ausplünderung und geistiger Kolonisierung durch den Westen geschützt wird.

In diesem Zeichen stellt die KPRF ihre Politik laut Programm in den Dienst eines "nationalen Befreiungskampfes des russischen Volkes" zum Sturz des Jelzin-Regimes, handelt es sich hierbei doch laut KPRF-Chef Sjuganow um eine "kriminell-bürokratische Diktatur", um eine "Partei des Bürgerkriegs".<sup>35</sup> Aus der Sicht der Kommunisten gibt dieses Regime Rußland fremden Einflüssen preis und macht es damit wehrlos gegen Bestrebungen des Westens, das Land materiell auszuplündern, geistig zu kolonisieren und unter dem Deckmantel der Partnerschaft seine internationalen Machtpositionen auf Kosten Moskaus zu erweitern. Damit setzt der Westen seine bereits in der Perestrojka-Periode erprobte Strategie fort, das Land von innen her zu unterminieren und in seine Abhängigkeit zu zwingen. Denn nicht als Folge struktureller Fehlentwicklungen oder in offener Konfrontation mit äußeren Gegnern sei die Sowjetunion untergegangen, analysieren die Kommunisten, sondern durch einen gigantischen Verrat der Gorbatschow-Führung, die das Land gegenüber dem Westen ideologisch-politisch wehrlos gemacht habe.<sup>36</sup> Vieles in dieser Polemik erinnert an die "Dolchstoßlegende", die den deutschen Rechtsextremisten nach dem Ersten Weltkrieg als Instrument diente, um die Weimarer Republik und deren Anhänger zu diskreditieren und zu vernichten.<sup>37</sup> Welches sind die zentralen Argumentationsmuster des KPRF-Programms für den anvisierten "nationalen Befreiungskampf" zur Rettung Rußlands?

Den Schlüsselbegriff der KPRF für die innere Entwicklung bildet die "russische Idee", die sich für die KPRF weitgehend mit der sozialistischen Idee deckt. Die "russische Idee" beruht auf der Vorstellung, daß Rußland im Zeichen seiner genuinen Kulturtradition einen historischen Sonderweg eingeschlagen hat und einen spezifischen, "eurasischen" Zivilisationstyp darstellt, der sich von dem Modell der liberalen Demokratien westlicher Prägung wesentlich unterscheidet. "Russische Geistigkeit gegen westlichen Materialismus" - diese plakative, aus der Geschichte wohl-bekannt Formel ist das Leitmotiv der KPRF.

Zur Fundierung solcher Argumentationsmuster verweist Sjuganow u.a. darauf, daß bereits Karl Marx in seiner Antwort an Vera Sassulitsch einen besonderen Entwicklungsweg für Rußland ins Auge gefaßt habe (was so nicht stimmt, denn Marx reagierte eher ambivalent). Ähnlich wie in der deutschen Tradition des "Sonderwegs" wird dem (negativen) Begriff der "Gesellschaft" der positiv besetzte Begriff der "Gemeinschaft" entgegengestellt; die westliche liberal-individualistische Geisteshaltung und Lebensweise erscheint als unvereinbar mit der Mentalität des rus-

<sup>35</sup> O političeskom momente, Kompartii i ee programme, Rede auf der Allrussischen Konferenz der KPRF vom April 1994, in: Dialog, Nr. 4-6/1995, S. 35-41, hier S. 39.

<sup>36</sup> KPRF-Programm vom Januar 1995, a.a.O., sowie - noch akzentuierter - Zjuganov, O političeskom momente..., a.a.O., S. 36 ff.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu L. Luks, Kommunisten und Faschisten, FAZ, 19.11.1994.

---

sischen Volkes. Dem russischen Volk entsprechen vielmehr eigene, historisch gewachsene Werte, die mit Begriffen aus der Zeit vor der Oktoberrevolution umschrieben werden: narodnost' (Volksverbundenheit), obščnost' (Gemeinschaftlichkeit), duchovnost' (Geistigkeit) und deržavnost' (Reichsdenken). Sie schließen auch die Brüderlichkeit der russischen Orthodoxie ein (Sjuganow: "Der erste Kommunist war Jesus Christus"<sup>38</sup>). Damit sucht die KPRF-Führung "die ursprünglichen totalitären Grundlagen des Marxismus mit den totalitären Grundlagen der russischen Gemeinde, den Marxschen Egalitarismus mit den egalitaristischen Traditionen der russischen Gemeinde zu vereinen".<sup>39</sup>

Vor diesem Hintergrund schließlich erscheint der Kollektivismus sowjetsozialistischen Typs als zeitgemäße Variante spezifisch russischer Werte. So ist der Sozialismus "nicht mehr ein Resultat der universalgeschichtlichen Entwicklung der Menschheit, wie noch in der marxistisch-leninistischen Theorie der KPdSU, sondern etwas Partikulares, das mit den eigenen Traditionen Rußlands, mit dem Volkscharakter und einem 'eurasischen' Zivilisationstyp zusammenhängt".<sup>40</sup> In den Vorstellungen der KPRF schafft die Besinnung auf die genannten vorrevolutionären Werte, gepaart und angereichert mit sozialistischen Werten sowjetkommunistischen Typs, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des zentralen Ziels der Partei: die Wiedererrichtung einer starken, in der organischen Gemeinschaft verankerten Staatsmacht (deržava) in Rußland. Für sie bildet der Staat - so die Partei in einem Wahlauftritt an die Militärs - "den höchsten Wert, die Grundlage aller Grundlagen".<sup>41</sup> Von einem Absterben des Staates, wie es Marx, Engels und auch noch Lenin als konkrete Utopie vorschwebte, ist in den KPRF-Dokumenten keine Rede mehr.<sup>42</sup>

## **Rußland als "geopolitischer Stabilitätsfaktor"**

Die so konsolidierte Staatsmacht soll nicht nur die innere Gesundheit sichern, sondern Rußland auch nach außen als respektierte Großmacht mit eigenen Interessen und Einflußzonen ausweisen. Eine zentrale Aufgabe bildet dabei für die KPRF die Aufkündigung der Vereinbarungen zur Auflösung der UdSSR und die Wiederherstellung der Sowjetunion in den Grenzen von 1991 - auf freiwilliger Grundlage, wie sie betont. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Partei im Obersten Sowjet Rußlands den entsprechenden Beschlüssen vom Dezember 1991 zugestimmt hatte, nachdem bereits ihre im Sommer 1990 erfolgte Gründung als eigenständige Formation innerhalb der KPdSU Tendenzen zur Eigenständigkeit Rußlands wichtige Impulse gegeben hatte. Den Kern dieser neu erstehenden Sowjetunion bildet für die Kommunisten das russische Volk in seinen "großrussischen, kleinrussischen [= Ukraine, H.T.] und weißrussischen" Komponenten (dieser Passus des Programmentwurfs wurde allerdings aus der Programm-Endfassung herausgenommen, da er in seiner ethno-zentristischen Stoßrichtung die nichtrussischen Völkerschaften der GUS eher verschreckte<sup>43</sup>). Vor diesem Hintergrund ist es durchaus

---

<sup>38</sup> AP-Interview vom 29.9.1995. Zum geistigen Hintergrund der Vorstellungen Zjuganovs vgl. G. Simon, Gennadij Sjuganow, Das politische Weltbild des Präsidentschaftskandidaten, demnächst in: Aktuelle Analysen des BIOst. Auf den Eklektizismus der KPRF geht ein A. Ignatow, Ein Scheintod: Die kommunistische Ideologie im postkommunistischen Rußland, Berichte des BIOst, Nr. 31/1995.

<sup>39</sup> Cipko, a.a.O.

<sup>40</sup> Oittinen, a.a.O., S. 954.

<sup>41</sup> Slovo k Soldatu Otečestva, a.a.O.

<sup>42</sup> Wahlplattform, a.a.O., S. 6, sowie Rede Zjuganovs zur Feier der Oktoberrevolution, siehe I. Dunaeva, Tech, kto verit v Oktjabr' 17-go, bylo nemalo, in: Nezavisimaja gazeta, 9.11.1995.

<sup>43</sup> Der Programmentwurf vom Oktober 1994 mit dem erwähnten Zitat findet sich in: Materialy IX plenuma Central'nogo Ispolnitel'nogo Komiteta KPRF (Moskau), S. 46.

folgerichtig, daß die KPRF ihre Wahlplattform unter die Losung stellte: "Für unsere sowjetische Heimat"!<sup>44</sup>

Das Verhältnis zum Westen, so fordert die KPRF in ihrem Programm, darf nicht länger durch eine Politik geprägt sein, die die staatliche Souveränität Rußlands untergräbt und das Land zum halbkolonialen Rohstofflieferanten degradiert. Notfalls müßten die nationalstaatlichen Interessen Rußlands durch Annullierung solcher Verträge und Abmachungen gesichert werden, die den Interessen Rußlands schaden. In einem Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel "Fragmente der Geopolitik" führt Parteichef Sjuganow den Anspruch Rußlands auf den Status einer eigenständigen Großmacht weiter aus, indem er ihn (wie die übrigen Nationalpatrioten) geopolitisch/zivilisatorisch begründet und nicht länger (wie die KPdSU-Kommunisten) in den Kategorien des Klassenkampfes.<sup>45</sup>

Dieser Einschätzung zufolge entstehen bei der Herausbildung einer neuen globalen Infrastruktur mehrere "Kraftzentren" mit je eigenen Verantwortlichkeiten und Einflußzonen. Eines dieser Kraftzentren werde Moskau sein, denn "historisch ist Rußland der Hauptträger des slawischen kulturhistorischen Typs, der gesetzmäßige Erbe der zweitausendjährigen Zivilisation der frühchristlichen apostolischen Gemeinden, der Kiewer Rus, des Moskauer Zentrums, des Russischen Imperiums und der UdSSR; geopolitisch bildet Rußland den Kern und die Hauptstütze des eurasischen Blocks, das Gegengewicht zu den Hegemonietendenzen der USA und des atlantischen Großraums". Gorbatschow habe mit seiner Politik die "eurasische Festung" Sowjetunion zerstört, schreibt Sjuganow, und Jelzin habe jene "verbrecherische geopolitische Selbstliquidierung" fortgesetzt, indem er jene Regionen von Rußland abtrennte, die heute als "Länder des nahen Auslands" bezeichnet würden. Eine zentrale Aufgabe sieht die KPRF daher darin, Rußlands alte Position als "geopolitischer Stabilitätsfaktor" in der Welt zurückzuerobern.

Dabei gerät dem KP-Chef auch Deutschland, wo er auf dem Boden der DDR seinen Wehrdienst in einer speziellen Aufklärungseinheit ableistete, als potentielles konkurrierendes Kraftzentrum in den Blick. Ganz gewiß werde dem wiedervereinigten Deutschland der "westeuropäische Smoking" schon bald zu eng, prognostiziert Sjuganow: Möglicherweise stünden wir nach der Abfolge dreier Reiche heute am Beginn der Formierung eines vierten Reichs. Jedenfalls verfüge Deutschland geopolitisch über alle Trümpfe "für die Rolle des Organisations eines eigenständigen mitteleuropäischen Großraums".

Die geopolitisch begründeten großrussisch-imperialen Zuspitzungen Sjuganows, der sich 1991 persönlich stark in nationalistischen Organisationen engagiert hatte, sind zwar nicht unbedingt repräsentativ für die Gesamtpartei und werden von der KP-Orthodoxie gelegentlich sogar scharf kritisiert. Sie demonstrieren jedoch die klare Distanzierung der KPRF von Vorstellungen einer internationalen Ordnung, die sich auf Interdependenz und Partnerschaft auf der Basis "allgemeinmenschlicher Werte" (Gorbatschow) gründet. Insofern hat die zunächst überraschende Tatsache, daß das Programm so unterschiedliche Politiker wie Trotzki und Jelzin in einem Atemzug verdammt, durchaus ihre innere Logik: Beiden wird vorgeworfen, Rußland in der internationalen Staatengemeinschaft aufgehen zu lassen - der eine über die Weltrevolution, der andere durch seine Eingliederung in die Weltzivilisation.

<sup>44</sup> Wahlplattform, a.a.O., S. 3.

<sup>45</sup> Fragmenty geopolitiki, in: Dialog, Nr. 11/1994, S. 47-52. Die Betonung der spezifischen russischen Zivilisation als Gegengewicht gegen den "jahrhundertlangen messianischen Wunschtraum des Westens in Form eines liberal-demokratischen 'Paradieses auf Erden'" findet sich in Sjuganovs Beitrag: Rossija v borbe civilizacij, in: Naš sovremennik (Moskau), Nr. 10/1995, S. 102-110, hier S. 106. Einer Anmerkung zufolge basiert der Aufsatz auf der von seinem Autor 1995 verteidigten Doktordissertation.

---

## Unschärfes politisches Profil

Angesichts des Programm-Mixes bleiben Charakter und politisches Profil der KPRF ebenso unscharf wie ihre voraussichtlichen konkreten Handlungsmuster nach dem Erfolg bei den Dumawahlen vom Dezember 1995. Die Ursachen hierfür liegen nicht zuletzt darin, daß die Erwartungen von Mitgliedern und Wählern durchaus differieren: Während das Gros der Mitgliedschaft eher auf die Verfolgung einer harten linksnationalistischen Linie drängt, scheint die Mehrheit der Wähler weniger an der Realisierung ideologisch-politischer Leitlinien interessiert als an einer Verbesserung ihrer sozialökonomischen Lage. Hier zeichnen sich in der KPRF politisch-programmatische Sollbruchstellen ab, die in der Opposition verdeckt werden können, die bei einer Einbeziehung in die (Mit-)Verantwortung jedoch offen zutage treten und die Partei vor große Integrationsprobleme stellen würden. So will der linksextreme Block "Kommunisten/Arbeitendes Rußland/Für die Sowjetunion", der von außen stark auf die KPRF einwirkt, den Präsidentschaftskandidaten Sjuganow zwar unterstützen. Doch dürfe dies nicht darauf hinauslaufen, "das heutige System zu stabilisieren", sondern müsse die Voraussetzungen dafür schaffen, "die Revolution zu vollenden".<sup>46</sup>

Trotz solcher Widersprüche lassen sich für die voraussehbare Zukunft - und das sind in Rußland kaum mehr als zwei bis drei Jahre - immerhin einige Voraussagen machen. Auf der einen Seite wird sich die KPRF voraussichtlich nicht auf den evolutionären Weg einer Sozialdemokratisierung begeben, wie manche Beobachter im Westen und in Rußland selbst vermuten. Die Vorbehalte gegenüber der Sozialdemokratie sind aus der Entstehungsgeschichte der KPRF durchaus verständlich: Während die Parteien von Brazauskas (Litauen), Horn (Ungarn), Kwaśniewski (Polen) und Weiss (Slowakei) in Ostmitteleuropa aus den Reformflügeln der jeweiligen KPen hervorgingen, konstituierte sich die KPRF 1990 gerade umgekehrt als reaktionärer Widerpart zur Perestrojka Gorbatschows.<sup>47</sup> Bezeichnenderweise finden sich in der KPRF-Wahlplattform vom August 1995 keinerlei Hinweise auf eine Nähe zu Geschichte, Programmatik und Politik der internationalen Sozialdemokratie. Hinzu kommt, daß die fehlende Aufarbeitung der KPdSU-Geschichte eine Barriere gegen eine fundierte Akzeptierung der Prinzipien von Demokratie und Pluralismus im allgemeinen und eine Annäherung an die Grundwerte der Sozialdemokratie im besonderen bildet. Immerhin hatte die Partei Lenins alle übrigen Parteien sukzessive unterdrückt und deren Vertreter brutal verfolgt. Dazu zählten auch die Menschewiki als Vorkämpfer demokratisch-sozialistischer Konzeptionen.

Auf der anderen Seite scheint aber auch das Urteil jener Beobachter aus Rußland und dem Westen voreilig, die die KPRF kurzerhand als eine Partei der totalitären Revanche charakterisieren. Denn bei allen taktischen Übereinkommen hat sich die KPRF in Theorie und Praxis deutlich von den linksextremen KP-Gruppierungen abgegrenzt - insbesondere in der Frage von Gewalt und Revolution. Das Wort "Kommunismus" taucht in der Wahlplattform überhaupt nicht mehr auf, und Lenins Verdienste werden dort auf die "Wiederherstellung des mächtigen Staates nach dem Zusammenbruch des Zarismus im Jahre 1917" reduziert.<sup>48</sup> Überhaupt nimmt die KPRF eine radikale Neubewertung der Oktoberrevolution vor: "Von einem Festtag des Weltproletariats wird

---

<sup>46</sup> So V. Tjulkin, Ko-Vorsitzender des Wahlblocks, in seinem Interview *Vtorye glavnye oppozicionery*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 17.1.1996. Vgl. auch Y. Krasnikov, *Reds Ready to Unite*, in: *Moscow News* (Moskau), Nr. 3/1996, S. 2; sowie G. Čerkasov, *KPRF gotovitsja k bor'be s "levoj opasnost'ju"*, in: *Segodnja*, 27.1.1996.

<sup>47</sup> Aus der Sicht des Perestrojka-Vorkämpfers vgl. dazu M. Gorbatschow, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 511-520 und S. 1053 ff. Vgl. auch S. Černjachovskij, *Kommunističeskoe dviženie*, a.a.O., S. 74 ff., sowie Katow/Luchterhandt, a.a.O., S. 856 ff.

<sup>48</sup> Wahlplattform, a.a.O., S. 8.

sie zu einem Festtag der russischen Nation".<sup>49</sup> Tatsächlich liegt im Grundsatzprogramm der Akzent auf der nationalen Bedeutung des Oktober, denn er hat - heißt es - Rußland vor dem Zerfall bewahrt und das Land in eine Weltmacht mit mächtigem wissenschaftlich-technischem Potential verwandelt. Diese Deutung knüpft bei Licht besehen weniger an den revolutionären Bolschewismus Lenins als an den russischen Nationalismus Stalins an, in dessen Konzept die sowjetkommunistische Ideologie russische Großmachtinteressen verschleierte.<sup>50</sup>

Der Erfolg der KPRF liegt gerade darin, daß sie die Interessen all jener Gruppen bedient, die sich in ihren Wertevorstellungen und materiellen Lebensbedingungen von den Umbrüchen des Jelzin-Regimes negativ betroffen fühlen. Diese Gruppen wollen mehrheitlich jedoch kein einfaches Zurück zum Realsozialismus sowjetischen Typs. Vielmehr unterstützen sie eine Politik, die soziale Gerechtigkeit, die Durchsetzung von Recht und Ordnung sowie die Wiederherstellung Rußlands als respektierte und einflußreiche Großmacht zum Ziel setzt.<sup>51</sup> Die KPRF würde die Mehrheit ihrer Wähler und erhebliche Teile ihrer Mitglieder verlieren, würde sie sich zu einer Partei des Marxismus-Leninismus und der proletarischen Revolution zurückentwickeln.

Symptomatisch für diese Situation ist das für westliches Empfinden zunächst äußerst widersprüchliche Ergebnis der Doppelwahlen von Wolgograd: Während die Wähler den Kommunisten bei den Stadtratswahlen vom Oktober 1995 mit 22 von 24 Mandaten einen überragenden Triumph verschafften, votierten sie mit 62 Prozent gleichzeitig für einen Oberbürgermeister der jüngeren Generation, der als überzeugter Anhänger angepaßter Reformen gilt. Offenbar schätzten die Wähler das auf Ordnung, Stabilität und begrenzte Reformen zielende professionelle Wirken des bisherigen Amtsinhabers Tschechow, suchten ihn dabei aber zugleich zu einer Politik zu drängen, die soziale Aspekte stärker in den Vordergrund rückt.<sup>52</sup>

Dieser Befund korreliert mit Umfragen, wonach 70 Prozent der Bevölkerung an der Spitze des Staates zwar eine starke Persönlichkeit zur Schaffung von Gesetz und Ordnung wünschen, 60 Prozent aber zugleich Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung dieser Ordnung (Verbot politischer Parteien, Zensur der Massenmedien, Einschränkung der Reisefreiheit) strikt ablehnen.<sup>53</sup> Hierin wird deutlich: Das gesellschaftliche Bewußtsein der Bürger Rußlands ist durchaus widersprüchlich und keineswegs so eindimensional, wie es sich die Politik oft vorstellt. Wie es scheint, versteht es die KPRF in besonderer Weise, sich auf diese Situation flexibel einzustellen.

Vor diesem Hintergrund entzieht sich die KP jedem im Westen geläufigen Rechts-Links-Schema. Legt man stattdessen die für das Rußland von heute eher angemessene Einteilung in Parteien staatsorientierter Richtung einerseits und liberaldemokratischer Prägung andererseits zugrunde, so wäre die KPRF eindeutig dem zuerst genannten Parteientyp zuzuordnen. Ihre Spezifik gegenüber den anderen nationalpatriotischen Parteien besteht vor allem in einer selektiven Beimischung kommunistischen und "sozialdemokratischen" Gedankenguts. Herausgekommen ist dabei eine Programmatik, die in ihrer Widersprüchlichkeit und Eklektik ihresgleichen sucht: Sie verbindet herkömmlichen Marxismus-Leninismus mit demokratischem Pluralismus; dialektischen Materialismus mit orthodox-religiösen Werten; starke Staatsmacht mit Selbstverwaltungs-konzepten; Inflationsbekämpfung mit breiter Subventionsstreuung; ökologisch ausgerichtete

<sup>49</sup> So Cipko, a.a.O.

<sup>50</sup> Hierzu E. Schneider, Rechtsextremismus in Rußland, Berichte des BIOst, Nr. 53/1995, S. 10.

<sup>51</sup> Vgl. hierzu V. Šejnis, Kakim stanet sledujuščij parlament?, in: Segodnja, 14.9.1995; A. Cipko, a.a.O.; sowie Analysedienst der Rossijskie vesti (Moskau), Realen li "rozovoj termidor"?, Rossijskie vesti, 15.9.1995.

<sup>52</sup> Ausführlich hierzu N. Dulina/V. Tokarev, Municipal'nye vybory v Volgograde, a.a.O., sowie A. Serenko, Itogi gorodskich vyborov: vsem veselo, vse smejuťsja, a.a.O.

<sup>53</sup> Zitiert nach M. Gorškov, Rußland am Vorabend der Wahlen, Moskau 1995, S. 5 (unveröffentlichtes Manuskript).

---

"nachhaltige Entwicklung" mit Produktivismus und unbegrenztem Wachstum; traditionellen Internationalismus mit großrussischem Nationalismus.<sup>54</sup>

So sind die Symbole der KPRF - teilweise leicht variiert - noch immer die alten: die Rote Fahne, die Internationale, die Losung "Proletarier und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!" Die tatsächliche Politik der Partei dagegen hat sich von diesen Symbolen längst gelöst: Im Vordergrund steht für sie die Wiedergeburt Rußlands als Großmacht eines spezifischen Zivilisationstyps, die das geopolitische Kraftzentrum im eurasischen Raum bildet. Folgerichtig strebte die KPRF in ihrer Wahlplattform die Formierung eines "volkspatriotischen Blocks" an, der nicht zuletzt die Aufgabe haben sollte, einen gemeinsamen Kandidaten für die im Juni 1996 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen zu bestimmen und eine "Regierung des Volksvertrauens" zu bilden.<sup>55</sup> Zu diesem Block gehörte die der KPRF programmatisch verwandte Agrarpartei, eine Lobbyformation des konservativen agrarindustriellen Komplexes; Sjuganow zufolge hatten sich beide Parteien zur Staatsdumawahl in 40 Prozent der Wahlkreise auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt.<sup>56</sup> Darüber hinaus zählte die KPRF zu dem von ihr anvisierten Block all jene Formationen, die wie sie auf eine staatsorientierte nationalpatriotische Linie ausgerichtet sind: den "Kongreß Russischer Gemeinden" um Skokow und Lebed, den Wahlblock "Die Macht dem Volke" von Ex-Ministerpräsident Ryshkow und die "Großmacht"-Bewegung um Ex-Vizepräsident Ruzkoj.

Nachdem diese Formation bei den Wahlen zur Staatsduma jedoch ausnahmslos an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert waren und nur einzelne Kandidaten in den Wahlkreisen direkt durchgebracht hatten, schaltete die KPRF-Führung rasch um: Bereits einen Tag nach der Wahl erklärte Sjuganow die Bereitschaft seiner Partei, ohne Vorbehalte und Bedingungen mit allen im Parlament vertretenen Formationen zu sprechen, also auch mit den zuvor als unseriös eingeschätzten Ultrationalisten Shirinowskij und der als Partei nationaler Verräter charakterisierten Bewegung von Ministerpräsident Tschernomyrdin. So erweist sich die erwähnte Widersprüchlichkeit und Eklektik des KPRF-Programms über ihre Integrationsfunktion hinaus auch für die Bündnispolitik von Nutzen: Sie verschafft der Parteiführung Raum für allerlei taktische Manöver - nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen.

## Konkrete Handlungsmuster

Wie wird die konkrete Politik einer gestärkten und möglicherweise in die Regierungsverantwortung einbezogenen KPRF jenseits aller Rhetorik tatsächlich aussehen? Die Antwort auf diese Frage fällt insofern schwer, als die Programmatik der Partei weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Felde klare Aussagen macht und Sjuganow vor ausländischem Publikum anders redet als in Rußland selbst. Während er hier eine harte Linie vertritt, sucht er im Ausland den Eindruck zu erwecken, daß eine Regierungsbeteiligung der KP keine grundstürzenden Änderungen mit sich bringen werde. So betonte Sjuganow in einem Gespräch mit amerikanischen Geschäftsleuten vom Oktober 1995, die KPRF werde die Fehler der KPdSU nicht wiederholen und der Gesellschaft kein Monopol auf Wahrheit, Macht und Eigentum aufzwingen.<sup>57</sup>

An anderer Stelle antwortete der KPRF-Chef gegenüber ausländischen Gesprächspartnern auf die Frage, ob er sich noch als Marxist verstehe: Zwar habe sich die Klassenanalyse von Marx und

---

<sup>54</sup> Vgl. hierzu eingehend Cipko, a.a.O., sowie A. Gratchev, *Moscou vers l'avenir... via le passé*, in: *Le Monde diplomatique*, Februar 1996, S. 10.

<sup>55</sup> A.a.O., S. 6. Ähnlich Zjuganov in seiner Rede zur Feier der Oktoberrevolution, siehe I. Dunaev, a.a.O.

<sup>56</sup> O. Krjuček, *Gennadij Zjuganov rasčityvaet na bol'sinstvo v parlamente*, *Segodnja*, 19.5.1995.

<sup>57</sup> NTV, 22.10.1995.

Lenin im wesentlichen als richtig erwiesen, doch hätten sich die Bedingungen in Europa und in der Welt inzwischen stark verändert. Denn "auch der Kapitalismus hat in den Jahrhunderten tiefgreifende Wandlungsprozesse durchlaufen, beispielsweise wendet er Formen des sozialen Protektionismus und der Staatsregulierung an". In diesem Sinne trat Sjuganow für ein lebendiges Mehrparteiensystem, für gemischte Eigentumsformen, für massive Steuersenkungen zwecks Produktionsstimulierung sowie für feste Garantien zur Förderung und zum Schutz ausländischer Investitionen ein (wobei er die einschlägigen vorteilhaften Bedingungen in China als geradezu vorbildlich für Rußland charakterisierte). Mit der internationalen Staatengemeinschaft, darunter auch dem Westen, könnten "die besten Beziehungen" bestehen - vorausgesetzt, Rußland werde in seiner historischen Rolle als zentraler Faktor des Gleichgewichts zwischen Ost und West respektiert. Bei derselben Gelegenheit beklagte sich Sjuganow, die russischen Demokraten zeichneten im Ausland ein völlig falsches Bild von ihm. Nirgends habe er den Eindruck gehabt, daß er jemandem Angst einflöße - weder in Washington bei seinen Gesprächen in State Department und Senat noch bei seinen Auftritten im Europarat, in der französischen Nationalversammlung und in Tokio.<sup>58</sup> Tatsächlich brauche der Sieg der KP niemanden zu erschrecken, betonte Sjuganow nach der Wahl vor ausländischen Journalisten. Denn die KP stehe "allem absolut ausgewogen gegenüber" und sei "an einer zivilisierten Entwicklung des Landes interessiert".<sup>59</sup>

Die Zusicherungen des KPRF-Chefs sind sicher zu rosig, als daß sie zum Nennwert genommen werden könnten. Gewiß wird sich die KPRF in ihrem praktischen Handeln keineswegs strikt von ihren Programmvorgaben leiten lassen, sondern bei der Durchsetzung von Teilzielen zu Pragmatismus und Kompromiß bereit sein. Dies demonstrierte sie bei den Verhandlungen über den nationalen Haushalt ebenso wie bei ihren Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort. Vermutlich wird die KPRF im Falle einer Machtbeteiligung auch keine erneute Vollverstaatlichung der Produktions- und Austauschmittel sowie keine umfassende Neuverteilung des Eigentums vornehmen: Dies würde auf eine von der Sjuganow-KP (und der Bevölkerungsmehrheit insgesamt) strikt abgelehnte gewaltsame Konfrontation hinauslaufen und wäre angesichts der bereits erfolgten weitreichenden Umschichtungen des Eigentums sowie der wachsenden Autonomie der Regionen gegenüber der Moskauer Zentrale wahrscheinlich überhaupt aussichtslos.<sup>60</sup> Die KP hat an alledem auch deshalb wenig Interesse, weil sie selbst über gute Verbindungen zu bestimmten Bank-, Finanz- und Industriekreisen verfügt, die die Partei - so bei den jüngsten Dumawahlen - materiell kräftig unterstützen. Dazu zählen vor allem solche Gruppen, die auf staatliche Subventionen angewiesen sind und/oder die von den Kommunisten Maßnahmen zu verstärktem Schutz vor ausländischer Konkurrenz erwarten.

Zugleich wird die KPRF-Politik jedoch stark von Strukturkonservatismus und Staatsinterventionismus geprägt. So will die Partei auf stärkeren Protektionismus für die inländischen Produzenten sowie auf die Durchsetzung solcher Maßnahmen dringen, die den Wirtschaftsreformprozeß insgesamt abbremsen oder sogar zum Stillstand bringen würden. Hierzu gehört ihr entschiedener Widerstand gegen jegliche Ausweitung des Rechts auf privaten Besitz an Grund und Boden (was u.a. ausländische Investoren von massivem Engagement in Rußland abhält). Darüber hinaus will die KPRF solche Bereiche der Wirtschaft in staatlicher Regie halten oder renationalisieren, die für das Land strategische Bedeutung haben: Schlüsselindustrien, insbesondere im Rüstungs- und Luftfahrtbereich, Rohstoffe und Energie, Transport, Kommunikationswesen.<sup>61</sup>

<sup>58</sup> Socialismo col mercato e meno tasse, Zjuganov-Interview, in: l'Unità, 31.10.1995.

<sup>59</sup> Itar-Tass, 19.12.1995. Ähnlich sein Auftritt vor dem Davoser Weltwirtschaftsforum, vgl. Interfax, 30.1.1996.

<sup>60</sup> Vgl. hierzu K. Ljubarskij, Sto dnej neokommunizma, in: Novoe Vremja, Nr. 42/Oktober 1995, S. 8 f.

<sup>61</sup> Vgl. dazu die Wahlplattform, a.a.O., S. 6.

---

In einem Dringlichkeitsprogramm schließlich wird die Partei über entsprechende Gesetzesvorlagen versuchen, umfangreiche Kredite, Subventionen und Finanzhilfen für die notleidenden Zweige der nationalen Industrie, für den Militär-Industrie-Komplex und den Agrar-Industrie-Sektor bereitzustellen und die Mittel für Mindestlöhne, Renten, Gesundheit, Bildung und sonstige Sozialleistungen drastisch zu erhöhen.<sup>62</sup> Da sich die aufgeblähten Staatsausgaben kaum inflationsneutral finanzieren ließen, würde eine solche Rückkehr zur Verteilungswirtschaft aller Voraussicht nach den Rubel ruinieren und einen Inflationsschub auslösen, der in seinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen nur schwer kontrollierbar wäre. Im Innern könnte sich eine Dynamik entwickeln, die über Preiskontrollen, Renationalisierungen und Staatsinterventionen das Land reformpolitisch um Jahre zurückwerfen würde. Die internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen ihrerseits würden bei einer solchen Entwicklung ihr Engagement voraussichtlich stark reduzieren, weil sich die erforderlichen Rahmenbedingungen verschlechtern und die mit den IWF abgestimmten Parameter nicht einzuhalten sind. Allerdings hat auch die Jelzin-Administration seit Herbst 1995 in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Kurskorrekturen vorgenommen, die eine Reihe von Programmpunkten der KPRF inhaltlich und in ihren möglichen Folgen gleichsam antizipieren.<sup>63</sup>

## Die KPRF vor den Präsidentschaftswahlen

Vor den Wahlen zur Staatsduma war oft betont worden, daß deren Ergebnisse auch bei einem Erfolg der Kommunisten wenig Auswirkungen auf den Kurs der Jelzin-Administration haben würden, da die Machtbefugnisse des Parlaments gegenüber der Exekutive begrenzt seien. Formal ist das sicher richtig, doch hat der Durchbruch der KPRF das politische Klima so stark verändert, daß sich die Exekutive mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen vom Juni 1996 zu wichtigen Kurskorrekturen gezwungen sah. Unter diesem Blickwinkel regieren die Kommunisten aus der Opposition heraus schon heute mit. Worin besteht die Form des indirekten Mitregierens?

Ursprünglich hatte die Strategie Jelzins darin bestanden, die beiden Extreme Kommunisten und Nationalisten durch die Bildung eines Mitte-Links-Blocks (unter Duma-Sprecher Rybkin) und eines Mitte-Rechts-Blocks (unter Ministerpräsident Tschernomyrdin) zu marginalisieren. Nachdem diese Strategie - vor allem durch die Erfolglosigkeit auf der linken Flanke - gescheitert war, schaltete Jelzin um und versucht nun, die extremen Formationen durch Übernahme wichtiger Teile ihrer Programme und Handlungsmuster zurückzudrängen. Indizien hierfür sind: Abbremsen der Privatisierung; vermehrte Kredite und größerer Schutz für die heimische Industrie; verstärkter Kampf gegen Verbrechen und Korruption; Aufstockung der Sozialleistungen sowie pünktliche Auszahlung von Löhnen und Gehältern; erhöhte Anstrengungen zur Integration der GUS; Betonung der Rolle Rußlands als Großmacht mit spezifischen nationalen Interessen gegenüber dem Westen. Symptomatisch für die Kurskorrektur ist die Entlassung der Reformer A. Tschubais (Stellv. Ministerpräsident, zuständig für Finanzpolitik und Privatisierung), S. Filatow (Stabschef Jelzins) und A. Kosyrew (Außenminister mit prowestlicher Tendenz).

Trotz dieser Kurskorrekturen der Exekutive befinden sich die Kommunisten, die all dies als Wahlmanöver der Jelzin-Administration abtun, auch weiterhin in einer komfortablen Position: Sie appellieren an das Elektorat, das Original zu wählen und nicht das Plagiat. Bis zur Präsiden-

---

<sup>62</sup> Ebenda, S. 4 ff. Die Verabschiedung eines solchen Dringlichkeitsprogramm wird in dem Beschluß des ZK der KPRF vom Januar 1996 gefordert, vgl. O političeskich itogach vyborov deputatov Gosudarstvennoj dумы i očerednych zadačach partii, in: Pravda Rossii, 18.1.1996.

<sup>63</sup> Vgl. hierzu R. Goetz, Rußlands Wirtschaft seit 1995 und die Perspektiven für 1996, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 7/1996.

tenwahl werden sie sich weder in die Regierung einbinden lassen, denn das würde ihre Glaubwürdigkeit als radikale Oppositionspartei ruinieren, noch werden sie die Regierung zu stürzen versuchen, denn das würde ihr Selbstbild als Partei der Stabilität und Ordnung beschädigen. Vielmehr werden sie - bei aller Bereitschaft zu "vernünftigen Kompromissen", wie Sjuganow in seinem Bericht an das ZK betonte<sup>64</sup> - ihr starkes Gewicht in der Staatsduma nutzen, um von dieser Tribüne aus möglichst viele Gesetze sozialpolitischen und nationalpatriotischen Charakters einzubringen und damit auf die Wähler Eindruck zu machen (nicht zuletzt deshalb ihr erfolgreiches Streben nach Besetzung strategischer Positionen in Präsidium und Apparaten der Duma). Da die Regierung dem nur teilweise Rechnung tragen wird (und kann), wird die KPRF verstärkt ein Argument verwenden, das sie bereits in ihrer Wahlplattform vom August 1995 eingeführt hatte: Für die Einleitung eines wirklichen Wandels ist die Duma zu schwach - nur ein Sieg des KP-Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen kann den Durchbruch gewährleisten.<sup>65</sup>

Vor diesem Hintergrund hat die KPRF tatsächlich Aussichten auf einen Erfolg im Kampf um die strategische Position der Präsidentschaft, zumal die antikommunistischen Vorbehalte in der Gesellschaft offenbar abklingen. Zwei wichtige Parteien - die Agrarier (Dumawahl: 3,8%) und die Linkskommunisten (Dumawahl: 4,5%) - haben ihre Unterstützung bereits zugesagt, so daß Sjuganow im ersten Wahlgang auf rund ein Drittel der Stimmen zählen könnte. Dies ist jedoch zunächst nur die Papierform: Der KPRF-Chef erhält in Umfragen regelmäßig weniger Zustimmung als seine Partei; offenbar stören sein hölzernes Auftreten und seine mangelnde persönliche Ausstrahlung. Hinzu kommt: Viele Wähler haben im Dezember 1995 offenbar deshalb für die KP votiert, weil sie ihrem Protest gegen die Jelzin-Administration Ausdruck geben wollten, ohne daß damit zugleich die Machtverhältnisse grundstürzend verändert würden. Wenn es bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 1996 ums Ganze geht, werden sich Teile dieser Wähler möglicherweise für nichtkommunistische Kandidaten entscheiden.

Interessanterweise richtet die KPRF-Führung unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen den Blick bereits über dieses Datum hinaus, wie der Bericht Sjuganows an das ZK vom Januar 1996 unterstreicht.<sup>66</sup> Bei aller Genugtuung über den Erfolg bei den Staatsdumawahlen vom Dezember 1995 enthalte die Analyse der politischen Gegner, die KPRF sei mit ihrem herausragenden Ergebnis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen, durchaus ein Körnchen Wahrheit. Zwar habe die Partei die ihr traditionell nahestehenden sozialen Schichten tatsächlich mobilisieren können, betonte Sjuganow; jedoch sei es ihr noch nicht gelungen, darüber hinaus andere, "historisch perspektivreiche Gruppen" auf ihre Seite zu ziehen. Dazu zählte er insbesondere Manager und hochqualifizierte Techniker in der Industrie, Beschäftigte im Dienstleistungssektor und in den Infrastruktursystemen, leitendes Personal in den Human- und Sozialwissenschaften. Diese Gruppen, die bislang der Jabloko-Bewegung Jawlinskijs und der Partei der "Selbstverwaltung der Werktätigen" S. Fjodorows zuneigten, bilden Sjuganow zufolge "jene werktätigen Gruppen, deren Tätigkeit den Übergang zur postindustriellen Gesellschaft sichert". Diese Analyse ist insofern realistisch, als die KPRF in urbanen Zentren wie Moskau, St. Petersburg und Jekaterinburg schwach abgeschnitten hat - dort also, wo der ökonomisch-soziale Wandel und die Öffnung zur Außenwelt am weitesten fortgeschritten sind. Am eindrucksvollsten ist das Beispiel St. Petersburg: Hier übernahm Jabloko mit 16 Prozent auf der Parteiliste die führende Position (KPRF: 13,2 Prozent); in den Direktwahlkreisen errang sie fünf von insgesamt acht Mandaten.<sup>67</sup>

<sup>64</sup> Ispytanie doveriem, in: Sovetskaja Rossija (Moskau), 16.2.1996.

<sup>65</sup> Wahlplattform, a.a.O., S. 5.

<sup>66</sup> Ispytanie doveriem, a.a.O.

---

Die konzeptionellen Anstöße Sjuganows zur Modernisierung der Partei sind zunächst sicher nicht mehr als ein Appell, der ohne programmatischen Wandel der KPRF bei den angesprochenen Gruppen ohne Resonanz bliebe. Das Bemerkenswerte besteht darin, daß Sjuganow es nicht bei diesem Appell beließ, sondern ihm durch die Forderung nach einer radikalen Programmrevision, nach einer "ernsthaften Erneuerung des gesamten strategischen, taktischen und Ideenarsenals" der Partei Nachdruck verlieh. Mit dem "alten Gepäck" werde man nicht mehr weit kommen, bemerkte der KPRF-Chef. Gefordert seien vielmehr neue Ansätze "insbesondere mit Blick auf die Ideologie", eine "präzise und zutreffende Einschätzung des wirklichen Zustandes des Landes" sowie eine Analyse "zum postindustriellen Typ der Produktivkräfte und zur gesamten produktions-technischen Infrastruktur der Gesellschaft". Kurz: Schon heute müsse die Arbeit an einem Programm "Durchbruch in die Zukunft" begonnen werden.

Dieser Vorstoß mit dem Ziel, die KPRF durch programmatische Neuprofilierung auch für hochqualifizierte, innovatorische, "postindustrielle" Bevölkerungsgruppen attraktiv zu machen, weckt Aufmerksamkeit, könnte er doch die Absicht signalisieren, die Partei damit von der überkommenen engen "Klassenpartei" in eine "linke Volkspartei" zu transformieren. Freilich bleibt abzuwarten, ob diese Neuansätze des Vorsitzenden - vorausgesetzt, sie sind überhaupt ernst gemeint - von der Gesamtpartei mitgetragen werden und in der politischen Praxis ihren Niederschlag finden. Obsoletes "ideologisches Gepäck", Programm, Sozialstruktur und Handlungsmuster der aktuellen KPRF stimmen hier eher skeptisch. Sollten die anvisierten Neuerungen aber tatsächlich angepackt werden, so ist eher mit einer Spaltung der KPRF als mit ihrer geschlossenen Überführung in das Lager der reformorientierten Neo-Sozialisten ostmitteleuropäischen Typs zu rechnen.

## Die KPRF und der Westen

Welche Folgen hätte eine drastische Steigerung des KP-Einflusses für das Verhältnis Rußlands zum Westen? Aussagen hierzu sind insofern problematisch, als die Partei sich auch weiterhin von Freund-Feind-Bildern und Kalkülen des Nullsummenspiels leiten läßt. Über die erwähnten Grundpositionen hinaus hat sie bisher weder ein Aktionsprogramm zur Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt noch zählt sie überhaupt kompetente Experten zu diesen Problemen in ihren Reihen (was die KPRF-Führung selbst mittlerweile als einen gravierenden Mangel ansieht<sup>67</sup>). So finden sich in ihren Dokumenten zwar Positionen zu einzelnen Aspekten der internationalen Beziehungen, z.B. zur NATO, zum Jugoslawien-Komplex, zur KSE-Flankenregelung und zu START-2. Ein Gesamtkonzept zur nationalen Sicherheit, zur Politik gegenüber dem "fernen Ausland" oder zur Haltung Rußlands gegenüber internationalen Organisationen wie den G-7-Gipfeltreffen, dem IMF oder der Europäischen Union wurde bislang jedoch noch nicht entwickelt.<sup>68</sup> Allerdings wird KPRF-Präsidiumsmitglied I. Melnikow zufolge an einem solchen operativen Gesamtkonzept gerade auch im Hinblick auf eine mögliche Übernahme der politischen Verantwortung durch die KP und ihre Verbündeten gegenwärtig intensiv gearbeitet.<sup>69</sup>

---

<sup>67</sup> Siehe hierzu im einzelnen L. Trautmann, St. Petersburg - eine demokratische Hochburg. Ergebnisse einer Beobachtermission zu den Staatsdumawahlen vom Dezember 1995, demnächst in: Aktuelle Analysen des BIOst.

<sup>68</sup> So die Staatsduma-Abgeordnete A. Aparina im Gespräch mit dem Autor am 15.12.1995 in Wolgograd.

<sup>69</sup> Ein typisches Beispiel für dieses Defizit ist die Darstellung der außenpolitischen Leitlinie der KPRF durch den Stellv. Parteichef, A. Šabanov, und den Leiter des KPRF-Pressezentrums, . Kovalev, in: *Meždunarodnaja žizn'* (Moskau), Nr. 11-12/1995, S. 9-12.

Immerhin läßt sich soviel sagen: Die einschneidendste Konsequenz für das Verhältnis zum Westen läge darin, daß sich das Konzept der Partnerschaft mit Rußland ("Partnerschaft für den Frieden" mit der NATO, Vertrag über "Partnerschaft und Kooperation" EU-Rußland) so nicht verwirklichen ließe. Denn dieses Konzept ist nicht von geopolitischen und zivilisationsbestimmten Kriterien geprägt, von denen sich die KPRF leiten läßt. Vielmehr geht es aus von einer weitgehenden Übereinstimmung in den Grundwerten und Prinzipien der politischen Demokratie, von kompatiblen Wirtschaftsordnungen und engen ökonomischen Verflechtungen, von komplementären außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Nach den Dumawahlen unterstrich Sjuganow die Rolle Rußlands als eigenen Schwerpunkt auf dem eurasischen Kontinent und betonte, sein Land werde sich "niemals in supranationale Organisationen hineinziehen lassen, die das Recht beanspruchen, in die internationalen Angelegenheiten anderer einzugreifen".<sup>71</sup>

Droht also eine Neuauflage des alten Konfrontationskurses, falls die KPRF in Zukunft starken Einfluß auf die Politik Rußlands gewinnt? Dies ist keineswegs zwangsläufig, zumal die KP Sjuganows ganz sicher berechenbarer ist als die LDPR Shirinowskijs. Zwar werden sich bereits heute schwelende Konflikte möglicherweise verschärfen. Das gilt zum einen für die Zukunft der GUS-Länder - hier bekräftigte der KP-Chef seine Forderung nach Kündigung der Abkommen zur Auflösung der UdSSR<sup>72</sup> und heizte den Konflikt in Moldova an, indem er die Bevölkerung Transnistriens zum Votum für eine eigenständige Mitgliedschaft der separatistischen Region in der GUS ermunterte.<sup>73</sup> Darüber hinaus könnte es zu Auseinandersetzungen über die Lage im Baltikum kommen: Hier verwies Sjuganow nach den Dumawahlen warnend auf die Pflicht Rußlands, "die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung zu gewährleisten".<sup>74</sup> Schließlich zeichnen sich insbesondere auf sicherheitspolitischem Feld Probleme im direkten Verhältnis Rußlands zum Westen ab: Die KPRF wandte sich - wie die Mehrzahl der politischen Kräfte in Moskau - scharf gegen die Ost-Erweiterung der NATO, brachte sie darüber hinaus aber auch in einen direkten Zusammenhang mit der Ratifizierung des START-2-Vertrags.

Gleichzeitig sandte der KPRF-Führung aber auch beruhigende Signale an den Westen aus - so beispielsweise Sjuganow auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum vom Februar 1996. Die Außenpolitik seiner Partei werde pragmatisch und frei von ideologischer Färbung sein, wobei sie davon ausgehe, daß der Westen den Großmachtstatus Rußlands sowie die Absicht des Landes respektiert, nach eigenen Bedingungen und Traditionen zu leben.<sup>75</sup> Gewiß sind dies inhaltlich sehr allgemeine und unterschiedlich deutungsfähige Aussagen. Westliche Politik sollte sie in verstärkten Informationskontakten mit Vertretern der KPRF testen, vorzugsweise zunächst über Begegnungen von Parlamentariern und Experten zu konkreten Sachthemen insbesondere in den Bereichen Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Das bietet zugleich Möglichkeiten, Informationsdefizite der KPRF in einer Phase zu mindern, in der diese an Entwürfen für ein mehr pragmatisches, weniger ideologisiertes außen- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept arbeitet.

Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtungen wird voraussichtlich keine russische Führung, welches Programm auch immer sie vertritt, eine ungebremschte Abschottung gegenüber dem Westen durchhalten oder auch nur anstreben. Nicht Partnerschaft, sondern ein Kurs

<sup>70</sup> So Melnikow im Gespräch mit dem Autor in Bonn am 25.2.1996. Melnikow ist Leiter der Internationalen Abteilung der KPRF und zugleich Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Erziehung und Wissenschaft.

<sup>71</sup> "Restore the Might of the Russian State and Its Status", in: International Herald Tribune (Paris), 2.2.1996.

<sup>72</sup> Itar-Tass, 19.12.1995.

<sup>73</sup> BASA-press, 21.12.1995.

<sup>74</sup> Interfax, 19.12.1995.

<sup>75</sup> So in seinem Beitrag "Restore The Might...", a.a.O.

---

zwischen Kooperation und Konflikt - dies dürfte die Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen unter einer von den Kommunisten dominierten oder maßgeblich beeinflussten Regierung bestimmen. Dies erfordert eine Gesamtstrategie, die auch weiterhin Sicherheit in Europa *mit* Rußland zu organisieren sucht, die aber zugleich im Falle ungünstiger Entwicklungen in Moskau die Möglichkeit der Sicherheit *vor* Rußland nicht ausschließt.<sup>76</sup>

---

<sup>76</sup> Vgl. hierzu die grundlegenden Überlegungen in H. Vogel (Hrsg.), Rußland als Partner der europäischen Politik, Berichte des BIOst, Nr. 8/1996

**Heinz Timmermann**

## **The Russian CP Stages a Come-Back**

The Programme, Structure and Prospects of Zyuganov's Party

**Bericht des BIOst Nr. 12/1996**

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

Following the abortive coup by opponents of perestroika in August 1991, the Communist Party of the Soviet Union fell into deep disgrace and was banned; its political future appeared extremely uncertain. Today, almost five years later, the Communist Party of the Russian Federation (CPRF), which arose from the CPSU along with a number of smaller Stalinist formations, is suddenly at the focal point of interest. It came out of the December 1995 elections to the State Duma as the clear winner, and its chairman Gennady Zyuganov has a good chance of victory in the presidential elections scheduled to be held in June 1996. The present report examines the preconditions, the results, and the consequences of the communist come-back. Where lie the sources from which the CPRF draws its strength, what is the programme by which it is guided, which concrete behaviour patterns can be discerned, and how does it intend to shape its relations with the West? The study is based on the CPRF's own central documents, on articles by its chairman, and on analyses by Russian and Western scholars and journalists.

#### *Findings*

1. Neither has the CPRF turned into a social democratic party like most of the other ex-CPs of East Central Europe, nor is it still guided by Marxist-Leninist theories and by notions of a simple return to Soviet-communist-style socialism. What is really new about the CPRF is its attempt to reconcile socialist ideas from a Leninist mould with the traditional "Russian idea" of a special civilizational mission accruing to Moscow. This is enabling the party to make an image for itself as a leftist-nationalist force, as a force which combines collectivism and social justice with a commitment to recover superpower status on the basis of Russia's own specific interests and values. Seen in this perspective, the CPRF is more like the nationalist-populist Socialist Party of Serbia under Slobodan Milosevic than the reformed ex-communist parties in East Central Europe.
2. The CPRF draws its adherents above all from those social groups that count among the losers of the political and economic upheaval in Russia: pensioners, large families, state employees (teachers, doctors, police and military personnel), workers in non-viable business and parts of the socially relegated technical intelligentsia from industry, the arms sector, and high-tech engineering. By and large, these groups tend to be under-paid, frequently have to wait months for their money, and live in fear of losing their jobs. Furthermore, worsening pauperization in the rural areas means that the CP can count on support from the management and workers of the as yet largely intact kolkhoz and sovkhoz agricultural production units which up to now have leaned towards the leftist-pragmatic Agrarian Party. It also enjoys growing popularity among those sections of the population

which lament the loss of Russia's superpower status and are calling for drastic action to curb rampant corruption and crime. These also include the military, which the CPRF woos with pledges to restore a well-equipped, powerful army.

3. Towards the outside, the CPRF likes to portray itself as an ideologically and programmatically well-defined and organisationally compact party. In reality, however, there are three different currents within its ranks, so that the existence of the CPRF as a cohesive party of mass appeal is by no means certain in the longer term. These are: a current of Stalinist nostalgics accounting for about 15 percent of the membership, a "social democratic" current numbering about 10 percent at the grass roots, and a leftist-nationalist core around Zyuganov.
4. The CPRF sees it as its objective not to re-instate communism in Russia or, at the other extreme, to integrate the country into the community of Western democracies, but rather to restore Russia to greatness on the basis of the country's specific historical values. In this context, domestic and foreign policy are inter-woven: retroreflection on Russia's traditional values serves as a source of strength enabling the country to fulfil a superpower rôle in its own right; this in turn is seen as a crucial prerequisite for protecting Russia against material exploitation and intellectual colonization by the West.
5. The CPRF's key concept for domestic development is the "Russian idea", which for the CPRF largely coincides with the socialist idea. The "Russian idea" is based on the conception that Russia has embarked on a special historic path by virtue of its unique cultural tradition and constitutes a specific, "Eurasian" brand of civilisation, essentially different from the model represented by the Western-style liberal democracies. Like in the German "special path" tradition, the (negative) concept of "society" stands in contrast to the positive concept of the "community"; the Western liberal-individualistic attitude of mind and lifestyle appear irreconcilable with the mentality of the Russian people. Instead, the Russian people has its own, historically evolved values, which are circumscribed using terms dating from the time before the October Revolution. In the CPRF's conceptions, reflection on these pre-revolutionary values, coupled and enriched with Soviet-communist-style socialist values, create the prerequisites for the achievement of the cardinal objective of the party: the restoration of a strong state authority (*derzhava*) in Russia, with its roots in the organic community. The demise of the State, that Marx, Engels and even Lenin envisaged as their concrete utopia, is nowhere even mentioned in the documents of the CPRF.
6. This consolidated statehood is intended not only to ensure recuperation at home but also to gain acceptance for Russia abroad as a highly respected superpower with its own interests and spheres of influence. A cardinal mission of the CPRF in this context is to work towards the revocation of the agreements that constituted the dissolution of the USSR and to restore the Soviet Union in the borders of 1991 - on a voluntary basis, it is at pains to emphasize. Russia's relations with the West, the CPRF demands in its party programme, must no longer be characterized by a policy which undermines Russia's national sovereignty and relegates the country to a semi-colonial source of raw materials. If necessary, Russia's national and state interests must be secured by annulling those treaties and agreements which are detrimental to Russia's own interests.
7. On the basis of its motley political programme, the CPRF defies classification in any of the right/left matrices customary in the West. However, if a distinction more appropriate to Russia today is applied, that between state-orientated parties on the one hand and parties of a more liberal-democratic orientation on the other, then the CPRF would clearly have

to be assigned to the former category. The main feature distinguishing it from other nationalist-patriotic parties is its selective admixture of communist and "social democratic" ingredients. The result of this mixture is a political programme unique in its contradictoriness and eclecticism: it combines conventional Marxism-Leninism with democratic pluralism; dialectic materialism with orthodox religious values; strong state powers with designs for self-administration; attempts to fight inflation with widespread subsidies; ecologically-orientated "sustained development" with productivism and unlimited growth; traditional internationalism with Great-Russian nationalism.

8. What will the concrete policies pursued, above and beyond all rhetorics, by a CPRF that has gained in strength and may possibly be called upon to accept government responsibility, actually look like? It is difficult to answer this question, because the party manifesto avoids making any clear statements, whether on political or on economic issues, and because Zyuganov says different things to foreign audiences than he does at home. While he takes a hard line in Russia, he attempts outside the country to convey the impression that a participation by the CP in the national government would not entail any devastating changes. In its practical dealings, the CPRF will by no means stick strictly to what it has proclaimed in its political programme but will take a pragmatic approach and be willing to compromise in order to push through at least some of its objectives. This is demonstrated in its negotiations on the national budget and in its initiatives to improve living conditions at the local level. If it were to gain a share in power it would probably not attempt to re-nationalize the means of production and exchange or insist on a large-scale re-distribution of ownership. This would give rise to a violent confrontation which Zyuganov's CP (and the majority of the population) strictly rejects and would probably be hopeless, anyway, in the light of the large-scale restructuring of ownership that has already taken place and the growing autonomy of the regions from the central authorities in Moscow.
9. At the same time, however, the policies of the CPRF are strongly characterized by structural conservatism and state interventionism. For instance the party would like to push for greater protection for domestic producers and for the introduction of measures which would slow down the economic reform process as a whole or even bring it to a halt. In this context it strictly opposes any extension of the right to private ownership of land (which, among other things, is a serious deterrent to large-scale foreign investment in Russia). Furthermore, the CPRF wants to keep under state control or even re-nationalize those sectors of the economy that it considers to be of strategic importance to the country: key industries, especially in the arms and aviation sectors, raw materials and energy, transportations and communications. And finally, the party will try to introduce an emergency programme of bills providing for large-scale loans, subsidies and financial assistance for struggling branches of national industry, for the military-industrial complex and the agricultural industry sector, and for a drastic increase in funds for minimum wages, pensions, health services, education and other social benefits. Since the already strained state expenditures can hardly be funded without adding to inflation, such a return to a centralized distribution economy would probably torpedo the rouble and trigger a wave of inflation with virtually uncontrollable political, economic and social consequences.
10. What would be the implications of all this for Russia's relations with the West? The most trenchant consequence would be that the present plans for partnership with Russia ("Partnership for Peace" with NATO, the treaty on "Partnership and Cooperation"

between the EU and Russia) could not be implemented as envisaged. For these plans are not geared towards the geopolitical and culturally conditioned criteria by which the CPRF is increasingly allowing itself to be guided. Rather, they presuppose a large measure of consensus on the basic values and principles of political democracy, compatible economic systems and close economic ties, and complementary foreign and security-policy interests. So is there a threat of a return to the old confrontation course if the CPRF should in future gain more influence on politics in Russia? This is by no means inevitable. Although conflicts that are already smouldering today, for instance with regard to the future of the states of the CIS, to the international integration status of East Central Europe, and to nuclear and conventional disarmament, will probably intensify. In the light of growing economic interdependences, however, no Russian leadership, no matter what programme it might profess, would be able or would even attempt to sit out a policy of unmitigated self-imposed isolation from the West. Not partnership but a course somewhere between cooperation and conflict - this would be the more likely scenario for relations between Russia and the West under a government in which the communists exercise significant influence.